

## Flächennutzungsplan Dischingen

- **Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Bedenken und Anregungen**
- **Billigung des Flächennutzungsplanentwurfes und Beschluss zur erneuten Auslegung**

Den Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurde gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Anschreiben vom 10.05.2019 der Entwurf des Flächennutzungsplanes vom 08.04.2019 zugesandt. Um Abgabe einer Stellungnahme bis zum 28.06.2019 wurde gebeten. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB fand vom 13.05.2019 bis zum 28.06.2019 in Form einer öffentlichen Auslegung statt.

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
1 Landratsamt Heidenheim (Schreiben vom 05.07.2019)		
1.1 eigene Planungen	-	
1.2 Bau, Umwelt und Gewerbeaufsicht	<p><u>Bautechnik</u> Aus bautechnischer Sicht bestehen keine Bedenken.</p> <p><u>Gewerbeaufsicht</u> <b>Dischingen</b> D2 „Rosenbach“ Das Gebiet wurde gegenüber dem Vorentwurf verkleinert und Richtung Osten verlegt. Wie bereits in unseren Stellungnahmen vom 24.09.2014 und 14.07.2015 dargelegt, ist das Gebiet durch landwirtschaftliche Betriebe hinsichtlich Gerüchen vorbelastet. Wir empfehlen daher das Gebiet als Gemischte Fläche auszuweisen oder die Vorbelastung in Form einer Geruchsemissionsprognose bestimmen zu lassen.</p> <p>GE"West" 1. Bereits im FNP 2005 wurden Bedenken hinsichtlich nicht vorhandener Schutzabstände zum nördlich angrenzenden Allgemeinen Wohngebiet geäußert. Im Rahmen der Ausweisung des GE „In den Wannen III“ wurde ein Lärmgutachtenerstellt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Eine Ausweisung als Gemischte Baufläche für eine abzusehende überwiegende Wohnnutzung ist nicht zielführend. Die Durchführung einzelner Gutachten wird üblicherweise erst mit der verbindlichen Bauleitplanung durchgeführt. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird als Hinweis für die nachgelagerte Planung in die Begründung übernommen.</p> <p>Der Bebauungsplan „In den Wannen III“ ist mittlerweile rechtskräftig. Der Bebauungsplan muss jedoch wegen anzupassender Höhenfestsetzungen geändert werden. In diesem Zusammenhang wurde ein weiteres Schallgutachten beauftragt. Im Ergebnis werden für das Gebiet</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Dieses Lärmgutachten war aus fachtechnischer Sicht unvollständig und zu ergänzen. Der Planer wurde hierüber am 12.05.2011 informiert. Eine Fortschreibung liegt uns bis heute nicht vor.</p> <p>2. Der südliche Bereich des östlich angrenzenden Gewerbegebietes ist im FNP 2020 als gewerbliche Fläche dargestellt. Im FNP 2030 Entwurf ist nunmehr eine Ausweisung als gemischte Fläche vorgesehen.</p> <p>Direkt angrenzend an diese Fläche betreibt die Firma [REDACTED] eine immissionsschutzrechtlich genehmigte Anlage. Nebenanlagen dieser Anlage befinden sich im betroffenen Bereich.</p> <p><b>Ballmertshofen</b>  G B3 „Südlicher Ortsrand“  Mit der deutlichen Verringerung der Fläche gegenüber dem Entwurf 2020 und entsprechend der derzeitigen Nutzung als Lagerfläche sind keine Immissionskonflikte mit dem südlich der Sportanlagen vorhandenen Allgemeinen Wohngebiet mehr zu erwarten.</p> <p><b>Eglingen</b>  G „Schrai- Erweiterung Nord“ E5  Im Rahmen unserer Stellungnahme vom 14.07.2015 hatten wir angeregt, die Schallimmissionsprognose des TÜV Süd vom 02.04.2013 (Bericht Nr. S1443) im Hinblick auf die zusätzlichen Emissionen und ggfs. neue maßgebliche Immissionsorte nördlich fortzuschreiben. Eine Fortschreibung ist nach unserer Kenntnis bislang nicht erfolgt.</p> <p>G „Blasenfeld“ E3  Im Plangebiet soll eine immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlage betrieben werden.</p>	<p>Schallkontingente festgesetzt, welche die Verträglichkeit mit dem angrenzenden Wohngebiet gewährleisten. Die Fläche kann demnach als gewerbliche Baufläche beibehalten werden.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Fläche wird wie bisher als gewerbliche Baufläche dargestellt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Fortschreibung wird im Zusammenhang mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich E5B (Fläche im Norden) erfolgen. Es wird ein entsprechender Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Zum Schutz der südöstlich beginnenden und an das Gebiet unmittelbar angrenzenden Wohnbebauung wird angeregt, eine Pufferzone mit eingeschränkter Nutzung zwischen den Gebieten vorzusehen.</p> <p>Frickingen WA "Kappelesäcker" Das Gebiet ist in dem letzten uns vorliegenden Bebauungsplan (unsere Stellungnahme vom 5.8.2013) als Dorfgebiet (MD) ausgewiesen. Eine Ausweisung als Wohnbaufläche. wäre aus immissionsschutzrechtlicher Sicht entsprechend des vorliegenden Geruchsgutachtens unkritisch.</p> <p>Katzenstein „Änderungen der Flächen K3A“ Die Fläche K3A wurde von einer gewerblichen Fläche im FNP 2020 in eine gemischte Baufläche geändert. Es wird darauf hingewiesen, dass Autowerkstätten i.d.R. nicht in gemischten Bauflächen zulässig sind.</p>	<p>Auch diese Problematik ist im Rahmen der Bebauungsplanung zu lösen <u>Beschlussvorschlag</u>: Es wird ein entsprechender Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p> <p>(= Gebiet F2) <u>Beschlussvorschlag</u>: Das Gebiet wird gemäß der Darstellung des Bebauungsplans dargestellt.</p> <p>Die Autowerkstatt liegt nicht mehr in der Mischbaufläche, sondern im Außenbereich, hat aber Bestandsschutz. Die verbleibende gemischte Baufläche westlich der Werkstatt dient sowohl dem Wohnen als auch gewerblichen Erweiterungen. <u>Beschlussvorschlag</u>: Die Darstellung wird beibehalten</p>
<p>1.3 Wasserschutz/Bodenschutz</p>	<p><u>Grundwasserschutz / Wasserversorgung</u> Die Flächen DE 2, DU2, DU 4, E5A, E3, E5B, DU3, DU5, DE1, E2, E4, E6 sowie der Friedwald Demmingen liegen innerhalb der fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzzone III (WSZ III) für das Wasserschutzgebiet für den Tiefbrunnen Demmingen. <u>Hinweis zum Friedwald</u>: Da Krematoriumsasche Schwermetalle (Mangan, Zink, Chrom, Nickel, Blei Cobalt etc.) in unterschiedlichen Konzentrationen enthält, kann nach dem Verrottungsprozess der Urne die Asche mit den Schadstoffen in den Boden gelangen. Grundsätzlich ist deshalb innerhalb einer</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Sachverhalt ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung, es wird auf das Genehmigungsverfahren des Friedwaldes verwiesen. Siehe weiter unten: Ausführungen zum Bodenschutz</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>rechtskräftigen Wasserschutzzone III (A) das „Anlegen und Erweitern von Friedhöfen“ <u>nicht</u> zulässig,</p> <p>Die Fläche des Friedwaldes Demmingen liegt zwar innerhalb eines Gebietes mit einem hohen Schutzpotential der Grundwasserüberdeckung (siehe Hydrogeologische Karte von Baden-Württemberg „Ostalb“ vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau B.-W., 2001, Karte IX „Schutzpotential der Grundwasserüberdeckung“), aber im Zustrom und nur ca. 1.800 m von der Trinkwassergewinnungsanlage Tiefbrunnen Demmingen entfernt. Bei einer Fließgeschwindigkeit im Karstgrundwasserleiter von bis zu 120 m/h ist bei einem Schadstoffeintrag im geplanten Friedwald mit einem Austritt von Schadstoffen im Brunnen Demmingen in nur 15 Stunden zu rechnen.</p> <p>Die Fläche SO „Lehner“, liegt innerhalb der fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzzone II (WSZ II) für das Wasserschutzgebiet für den Tiefbrunnen Demmingen. In der WSZ II von ausgewiesenen Wasserschutzgebieten besteht üblicherweise ein Bauverbot. Auch Abgrabungen über einen Meter Tiefe wären nicht zulässig. Dem Plangebiet zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage in der bislang lediglich fachtechnisch abgegrenzten WSZ II wurde zugestimmt. Im Rahmen des Baugesuchs wurden die erforderlichen Auflagen festgelegt.</p> <p>Die Flächen. F2, SO „Butzenfeld“, D2, K6, SO „Härtsfeldsee“, D4, F1, D1B, K1, K3A, K4 und D3 liegen in der Wasserschutzzone III für die Fassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung im Egautal. Hier gilt die Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums</p>	<p></p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Nordwürttemberg über das Wasserschutzgebiet für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung in den Landkreisen Heidenheim und Aalen vom 31. Oktober 1967 (GBI. S. 259) in der Fassung der Rechtsverordnung vom 14. August 1972 (GBI. S. 573).</p> <p>Die Fläche Egauschule grenzt unmittelbar an die Wasserschutzzone II für die Fassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung im Egautal und liegt in der Wasserschutzzone III.</p> <p>Die Tabubereiche für die Windenergienutzung innerhalb der Wasserschutzzone I und II werden im Kapitel 4.2.5 des Entwurfs ausreichend gewürdigt. Der Verlauf der Grenze des rechtskräftigen Wasserschutzgebiets für die Fassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung im Egautal ist in den Lageplänen korrekt eingetragen.</p> <p>Das Risiko für das Schutzgut Grundwasser für die Konzentrationszone Windenergie wurde im Entwurf des Textteils zum FNP ausreichend beschrieben und die zum Schutz vor Einträgen von wassergefährdender Stoffe erläutert.</p> <p><u>Oberflächengewässer / Hochwasserschutz</u> Ein Teil der Fläche D 2 liegt nach den aktuellen Hochwassergefahrenkarten des Landes Baden-Württemberg für den Landkreis Heidenheim innerhalb eines durch die Hochwasserrückhaltebecken des Wasserverbandes Egau geschützten Bereichs bei HQ100. Die Gesamtfläche liegt jedoch innerhalb eines HQextrem Bereichs. Deshalb wird eine hochwasserangepasste Bauweise empfohlen.</p>	<p>Kennntnisnahme</p> <p>Kennntnisnahme</p> <p>Kennntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Empfehlung wird als Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Der frühere Verlauf des Katzensteiner Bachs und der Egau werden im HRB Härtsfeldsee dargestellt. Es gibt einen Zulauf beider Gewässer in den Härtsfeldsee sowie eine verdolte Umgehungsgerinne für den Mittelwasserabfluss der Egau und einen offenen Graben vom Katzensteiner Bach um den See im Osten bzw. Südosten. Der Einlauf beider Gewässer in die Egau findet nach dem Schieberhaus des HRB Härtsfeldsee statt. Inwieweit die Darstellung der alten Fließwege noch erforderlich ist, sollte geprüft werden.</p> <p><u>Gewässerrandstreifen</u> Die Flächen B 4 und D 2 liegen in unmittelbarer Nähe zur Egau. Nach § 29 Abs. 1 Wassergesetz (WG) beträgt der Gewässerrandstreifen im Innenbereich 5 m, im Außenbereich 10 m ab Böschungsoberkante. Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen (§ 38 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz). Gemäß § 29 Abs. 3 Satz 2 WG ist die Errichtung von baulichen Anlagen im Gewässerrandstreifen verboten.</p> <p>In der SO1 „Härtsfeldsee“ liegt ein Abschnitt des Katzensteiner Bachs und der Egau. Beide sind Gewässer 2. Ordnung. Nach § 29 Abs. 1 Wassergesetz (WG) beträgt der Gewässerrandstreifen im Innenbereich 5 m, im Außenbereich 10 m ab Böschungsoberkante. Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen</p>	<p>Die Darstellung beruht auf der Katastergrundlage des Plans. Der Planzeichnung liegt die aktuellste Version zugrunde. Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Der einzuhaltende Gewässerrandstreifen wird in der späteren Bebauungsplanung (D2) beachtet werden. Die Satzung der Fläche B4 ist bereits rechtskräftig. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt mit den Hinweisen des LRA wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Der einzuhaltende Gewässerrandstreifen wird in der späteren Planung beachtet werden. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt mit den Hinweisen des LRA wird in die Begründung und in den Umweltbericht aufgenommen.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Quellen (§ 38 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz). Gemäß § 29 Abs. 3 Satz 2 WG ist die Errichtung von baulichen Anlagen im Gewässerrandstreifen verboten.</p> <p>Innerhalb der Fläche D4 liegt ein Abschnitt des Zwickeltalgrabens, ein Gewässer 2. Ordnung. Nach § 29 Abs. 1 Wassergesetz (WG) beträgt der Gewässerrandstreifen im Innenbereich 5 m, im Außenbereich 10 m ab Böschungsoberkante. Gewässerrandstreifen dienen der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen (§ 38 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz). Gemäß § 29 Abs. 3 Satz 2 WG ist die Errichtung von baulichen Anlagen im Gewässerrandstreifen verboten.</p> <p><u>Bodenschutz:</u> Mit der Änderung des Flächennutzungsplans werden Wohn- und Gewerbeflächen teilweise auf wertvollen Böden mit einer hohen Leistungsfähigkeit im Naturhaushalt realisiert. Darunter fallen insbesondere die Planflächen D2, E3, E5B und D4. Die Planflächen D2 und E3 sind Grünlandflächen mit einer Boden- und Grünlandgrundzahl &gt;60. Die Böden verfügen über eine hohe Funktionsleistung als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf und als Filter und Puffer für Schadstoffe. Darüber hinaus leisten Grünlandstandorte als Kohlenstoffspeicher einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Die Gesamtbodenleistung der Planfläche D2 wird mit 3 bis 3,67 als „hoch“ bewertet. Bei der Planfläche E5B handelt es sich um Ackerflächen, die aufgrund ihrer natürlichen Eignung (hohe</p>	<p>Der einzuhaltende Gewässerrandstreifen wird in der späteren Bebauungsplanung beachtet werden, bzw. wurde schon beachtet. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt mit den Hinweisen des LRA wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Bodenfruchtbarkeit) für die landwirtschaftliche Nutzung und aufgrund der hohen Funktionserfüllung als Filter und Puffer für Schadstoffe zu erhalten sind.</p> <p>Mit der Planfläche D4 geht ebenfalls ein hoher Verlust von landwirtschaftlichen Nutzflächen einher, wobei die südlich liegenden Flächen wertvolle Böden darstellen. Die Ackerfläche Flst.-Nr. 1000 ist mit einem Bodenschätzwert von &gt;60 ausgewiesen und verfügt über eine hohe Filterwirkung gegenüber Schadstoffen sowie eine hohe Wasserspeicherfähigkeit.</p> <p>Die Ackerflächen Flst.-Nr. 1001 und 1002 besitzen als Standort für naturnahe Vegetation eine hohe Bedeutung.</p> <p>Durch die Bebauung wird das Schutzgut Boden nachhaltig beeinträchtigt oder geht für immer verloren. Boden ist, nach menschlichem Ermessen, nicht wiederherstellbar, da seine Neubildung viele Jahrzehnte und Jahrhunderte dauert. Sollte ein Ausweichen auf andere Flächen nicht möglich sein, ist ein sachgerechter Umgang mit Boden unverzichtbar. Grundsätzlich sind Flächenversiegelungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, Bodenaushub vor Ort wiederzuverwenden und Schadstoffeinträge in den Boden zu vermeiden. Ferner sind in der Planung möglichst viele Grünflächen zu erhalten oder als Ausgleichmaßnahme neu anzulegen. Die Arbeitshilfe ‚Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung‘ der LUBW (Heft 24) ist als fachliche Grundlage für die Bewertung von Bodenfunktionen und Kompensationsmaßnahmen anzuwenden.</p> <p>Hinsichtlich des Friedwaldes in Demmingen bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht</p>	<p>Gegenüber der rechtskräftigen Flächennutzungsplanung wurde der Umfang der Gesamtausweisungen verringert. Dies gilt es v.a. bei konkreten Bauvorhaben zu beachten. In Kap. 6 (Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen) des Umweltberichts zur Flächennutzungsplanfortschreibung sind unter 6.1. Schutzgut Fläche und Boden bereits Maßnahmen zum sachgerechten Umgang formuliert. Die Bewertung der Bodenfunktionen und die Kompensationsmaßnahmen eines konkreten Eingriffs erfolgen auf Ebene der Bebauungsplanung. Auf dieser Ebene werden auch die Maßnahmen zum Bodenschutz weiter vertieft.</p> <p>Die Schadstoffkonzentration einer Urnenbestattung ist gleich der Konzentration von Sargbestattungen. Der Unterschied</p>



Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Bedenken, dass nach der Verrottung der Urne durch die in der Kremationsasche enthaltenen Schadstoffe (Schwermetalle, ggf. Dioxine und Furane) eine schädliche Bodenverunreinigung hervorgerufen werden könnte. Das Anlegen von Urnengräbern in Grund- und Stauwasserschichten ist deshalb zu vermeiden.</p> <p>Die Vorsorgewerte für Böden nach Anhang 2 Nr. 4 BBodSchV sind zu berücksichtigen. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass die Schadstoffe über den Boden nicht ins Grundwasser gelangen. Daher sollte die Filter- und Sorptionsfähigkeit des Untergrundes bodengutachterlich bewertet werden. Um eine mögliche Beeinträchtigung von vornherein zu begrenzen bzw. auszuschließen, sollte eine Abschätzung erfolgen, wie viele Urnen ein Standort trägt. Eine Alternative wäre die Verwendung von Edelstahllurnen.</p> <p>Das Schutzgut Boden ist im Planungsprozess für die Nutzung von Windkraftanlagen zu berücksichtigen. So sollen Flächen mit geringmächtigen und weniger wertvollen Böden als potenzielle Standorte für Windkraftanlagen dienen. Da der dazugehörige Wegebau ebenfalls viel Fläche in Anspruch nimmt, sind bestehende Waldwege, die genutzt und verbreitert werden können, in die Bewertung zur Minimierung des Bodenverbrauchs aufzunehmen.</p> <p><u>Kommunales</u>  <u>Abwasser/Niederschlagswasserbeseitigung</u>  Die Gemeinde Dischingen befindet sich im Einzugsgebiet des Abwasserzweckverbandes (AZV) Härtsfeld.  Die Ortschaften Dischingen, Iggenhausen, Dunstelkingen, Hofen, Eglingen, Osterhofen, Schrezheim, Trugenhofen und Ballmertshofen sind</p>	<p>dabei ist, dass ein Sarg ca. 2 m<sup>2</sup> beansprucht, daher die Schadstoffe auf diese Fläche verteilt werden (flächige Versickerung bzw. Filterung). Auf einer Fläche von 2 m<sup>2</sup> kann jedoch eine sehr weit höhere Anzahl an Urnen Platz finden. Dies führt zu einer erhöhten Schadstoffkonzentration auf gleicher Fläche. Im Friedwald ist die Nutzungsdichte aber viel geringer.</p> <p>Häufig wird in Friedwäldern die Beisetzung in biologisch abbaubaren Urnen beworben. Dies ist im Bereich der Wasserschutzzone jedoch nicht möglich. Die Details sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu klären.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Die Anlagen werden bereits seit mehreren Jahren betrieben. Die genannten Belange wurden beim Bau beachtet.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in die Begründung aufgenommen.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>an die Sammelkläranlage Dattenhausen des AZV Härtsfeld angeschlossen.  Die Orte Frickingen und Katzenstein werden bis Frühjahr 2020 ebenfalls an die Sammelkläranlage Dattenhausen angeschlossen.  Die beiden Ortschaften Demmingen mit Wagenhofen sind an die gemeindeeigene Kläranlage Demmingen angeschlossen.  Die dezentralen Abwasserbeseitigungsanlagen werden gemäß der mit der Gemeinde Dischingen vereinbarten Abwasserbeseitigungskonzeption betrieben.  Für die einzelnen Ortschaften sind bis auf die Ortschaft Iggenhausen rechtskräftige Allgemeine Kanalisationspläne (AKP) vorhanden.  Bei Erweiterungen der Bau-, Gewerbe- und Mischgebiete im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Dischingen ist eine Überprüfung bzw. Abgleich mit den Einzugsgebietsflächen der AKPs durchzuführen.  Bei Überschreitung der Einzugsgebietsgrenzen des AKP wird eine Überplanung und Anpassung der Abflussmengen erforderlich.  Hinweis:  Laut § 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist nicht verunreinigtes Niederschlagswasser von befestigten Grundstücksflächen grundsätzlich nicht an die Ortskanalisation anzuschließen, sondern anderweitig z.B. in ein Gewässer oder in den Untergrund abzuleiten.</p> <p><u>Altlasten / Abfall</u>  Keine Ergänzung</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
1.4 Wald und Naturschutz	<p><u>Naturschutz</u>  Gegen den Flächennutzungsplan 2020, Fortschreibung 2030, Dischingen bestehen seitens der unteren Naturschutzbehörde keine Einwände.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p><u>Wald</u> Forstliche Belange sind durch die Fortschreibung des Flächennutzungsplan 2020 der Gemeinde Dischingen durch die zusätzlich geplanten Flächen B1B Ballmertshofen, Herlsbühl sowie durch die Ausweisung von SO1 Sonderbauflächen am Härtsfeldsee, als auch durch die Ausweisung von Friedwald und der Konzentrationszone für Windkraft betroffen.</p> <p>B-Plan Ballmertshofen „Herlsbühl“ B1B: Der Geltungsbereich des Flächennutzungsplanes beinhaltet keine Waldfläche. Jedoch befinden sich direkt an den Geltungsbereich angrenzende Waldflächen nach § 2 LWaldG (Flst. 195 und 194 Gemarkung Ballmertshofen). Gemäß § 4 Abs. 3 Landesbauordnung ist zwischen Wald und Gebäude ein Abstand von 30 m einzuhalten.</p> <p>Auf dem Flst. 195, Gemarkung Ballmertshofen befindet sich am Waldrand zudem das nach § 30a LWaldG (Landeswaldgesetz) geschützte Biotop „Eichen-Hainbuchenwald NO Ballmertshofen“.</p> <p><u>Sonderbaufläche SO Härtsfeldsee:</u> Am Südufer des Härtsfeldsees soll eine Sonderbaufläche ausgewiesen werden, um die touristische Nutzung zu intensivieren. Die geplante Baufläche liegt teilweise im FFH-Gebiet „Härtsfeld“, dies sind zahlreiche nach § 32 BNatSchG geschützte Offenlandbiotope (mehrere Feldgehölze, Magerrasen, Gehölzsäume an der Egau).</p> <p>Im Osten grenzen Waldflächen nach § 2 LWaldG</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der rechtskräftige Flächennutzungsplan stellt eine geplante Wohnbaufläche direkt bis zum Wald dar. In der darauffolgenden Bebauungsplanung wurde eine Grünfläche mit einer Breite von ca. 20 Metern eingeplant, der Waldabstand von 30 m ist durch die Lage der Baugrenze gewährleistet. Die Grünfläche wurde in die Fortschreibung eingearbeitet. Zusätzlich wurde eine Grünfläche mit einer Breite von 30 m zwischen neuer geplanter Wohnbaufläche (B1B) und Wald eingefügt. Daher wird § 4 Abs. 3 LBO beachtet.</p> <p>Durch die vorliegende Flächennutzungsplanfortschreibung erfolgt keine Änderung bzgl. der Auswirkungen auf genanntes Biotop.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Waldflächendarstellung wird</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>(Flst. 1853, 1854 Gemarkung Dischingen, Gemeindewald Dischingen, Flst. 1897 Gemarkung Dischingen, Wasserverband Egau) an.  Eine Waldeigenschaft der Gehölze auf Flst. 1854 und Teile des Flst. 1867 Gemarkung Dischingen gem. 2 LWaldG ist aus Sicht der uFB (untere Forstbehörde) gegeben, aber nicht im FNP dargestellt (siehe Anlage 1: Abgrenzung Wald am Härtsfeldsee).  Die Waldflächendarstellung ist entsprechend anzupassen, anderenfalls sind diese Bereiche zwingend als Waldinanspruchnahme flächenmäßig zu bilanzieren und zu bewerten. Des Weiteren wäre über die untere Forstbehörde ein Antrag auf Erteilung einer Waldumwandlungserklärung nach § 10 LWaldG zu stellen.  Eine Waldumwandlungserklärung wäre auch für den Fall erforderlich, dass die Sonderbaufläche SO das gesamte ‚Flurstück 1867, einschließlich der Waldfläche, einnehmen sollte. Dies ist aus den Plänen jedoch nicht eindeutig ersichtlich.  Hintergrund ist, dass wenn in einem Bauleitplan für Waldfläche anderweitige Nutzungen (z.B. landwirtschaftliche Flächen. Sonderbauflächen) dargestellt oder festgesetzt werden, gemäß §10 LWaldG die Erteilung einer Umwandlungserklärung durch die höhere Forstbehörde Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit des Bauleitplans ist.</p> <p>Auf o.g. Flurstücken befinden sich auch das, als strukturreicher Waldbestand kartierte Biotop „Wald beim Härtsfeldsee B Dischingen“, sowie das nach § 30BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz) geschützte Biotop „Felsen beim Härtsfeldsee N Dischingen, 3T“, - Das Waldbiotop „Wald beim Härtsfeldsee N Dischingen“ ist zusätzlich im Rahmen des Alt- und Totholzkonzepts, das die Gemeinde Dischingen in ihrem Wald verfolgt, als</p>	<p>entsprechend angepasst. Das Sondergebiet wird so verändert, dass keine Überschneidung mit den Waldflächen mehr stattfindet. Eine Bilanzierung und ein Antrag auf Waldumwandlungserklärung sind daher nicht erforderlich.</p> <p>Das Gebiet soll nicht flächendeckend überbaut werden. Ein Erhalt der Offenlandbiotope wäre auch innerhalb der Sonderbaufläche möglich. Details sind im Rahmen der nachfolgenden Planung zu klären. Es ist zu beachten, dass die Fläche auch jetzt schon als Freizeitgebiet genutzt wird.  <u>Beschlussvorschlag:</u> Das Gebiet wird verkleinert.</p>



Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ des Regionalplanes Ostwürttemberg. Das Plangebiet liegt vollständig im Wald und wird als Konzentrationszone für Windkraftanlagen, überlagernd mit der Nutzung „Wald“, in dem Flächennutzungsplan übernommen. Bereits in der Anhörung zur Fortschreibung des Regionalplans wurde die Fläche aus forstlicher Sicht grundsätzlich als geeignet für Windenergieanlagen (WEA) eingestuft.</p> <p>Auf die Stellungnahme der uFB vom 14.10.2014 sowie die Schreiben der höheren Forstbehörde, RP Tübingen vom 28.10.2014 bzw. vom 06.07.2015 wird verwiesen.</p> <p>Die höhere Forstbehörde erhält eine Mehrfertigung dieser Stellungnahme.</p>	Kenntnisnahme
1.5 Landwirtschaft	<p>Vom Fachbereich 33 - Landwirtschaft - wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Dischingen ist hinsichtlich seiner zentralörtlichen Funktion im Regionalplan Ostwürttemberg 2010 als Kleinzentrum festgelegt worden.</p> <p>Der Innenentwicklung/Nachverdichtung ist Vorrang vor der Außenentwicklung einzuräumen, auch im ländlichen Raum. Ebenso ist bei Neuausweisung darauf zu achten, dass die Flächenbeanspruchung möglichst gering gehalten wird und sich den neuen Anforderungen der flächensparenden Siedlungsentwicklung anpasst.</p> <p><u>Katzenstein:</u> Nach unserem Kenntnisstand wurde das Flurstück 103 aus dem Bebauungsplan herausgenommen und müsste damit auch nicht mehr im Flächennutzungsplan aufgeführt werden.</p>	<p>Auf die genannten Belange des flächensparenden Umgangs mit Grund und Boden wurde Rücksicht genommen. Die Innenentwicklung wurde ebenfalls berücksichtigt. Der erforderliche Umfang wurde in einer Bedarfsberechnung ermittelt.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Am Umfang der Ausweisungen wird festgehalten.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Fläche wird aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen.</p>
1.6 Straßenverkehr	Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht werden gegen die Änderung des Flächennutzungsplans 2020, Fortschreibung 2030, der Gemeinde Dischingen keine grundsätzlichen Bedenken	Die Abteilung Straßenverkehr wird grundsätzlich bei Bebauungsplanverfahren beteiligt.

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>erhoben.</p> <p>Eine detaillierte straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme ist jedoch nicht möglich, da der Flächennutzungsplan naturgemäß keine Planungen hinsichtlich der künftigen Verkehrsführungen bzw. Verkehrsflächenaufteilungen enthält. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, dass bei Anlegung neuer Baugebiete stets eine verkehrsgerechte, den straßenverkehrsrechtlichen und straßenrechtlichen Vorschriften entsprechende Verkehrsanbindung an das vorhandene Straßennetz erfolgen muss. Wir gehen davon aus, dass wir im Rahmen der noch ausstehenden Bebauungsplanverfahren angehört werden, sofern dies aufgrund der Verkehrsplanungen erforderlich wird.</p>	

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
2 Regierungspräsidium Stuttgart (Schreiben vom 24.07.2019)		
2.1 Abt. Raumordnung	<p>Mit der vorliegenden Planung wird der rechtskräftige Flächennutzungsplan der Gemeinde Dischingen in einer Gesamtfortschreibung neu aufgestellt. Dadurch sollen die Rahmenbedingungen für die bauliche Entwicklung in den nächsten rd. 15 Jahren geschaffen werden.</p> <p>Alle Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 Abs. 4 BauGB). Ziele der Raumordnung sind als verbindliche Vorgaben, die nicht der Abwägung unterliegen, zu beachten (§ 3 Abs.1 Nr. 2 ROG und § 4 Abs. 1 ROG). Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung sind im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 und 4, § 4 Abs. 1 ROG). In der Begründung zum FNP-Entwurf wird eine anschauliche Darstellung der raumstrukturellen Einstufung des Kleinzentrums</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

	<p>Dischingen vorgenommen. Die dadurch der Kommune zukommenden Aufgaben hinsichtlich der Bereitstellung von Wohn- und Gewerbeflächen sowie der zugleich erforderlichen Begrenzung des Flächen- und Güterverbrauchs werden dargestellt.</p> <p><u>I. Qualitative Beurteilung</u>  Die wichtigsten Vorgaben des Baugesetzbuchs, des Landesentwicklungsplans (LEP) sowie Regionalplans Ostwürttemberg (Regionalplan) zur Flächenauswahl werden in der Begründungsunterlage angeführt.</p> <p>Ergänzend sollte noch eine Auseinandersetzung mit folgenden Plansätzen erfolgen:</p> <p>PS 4.3.4.1 (G) Regionalplan:  <i>In allen Teilen der Region ist bei bestehender Bebauung für einen ausreichenden Schutz gegen Hochwasser zu sorgen. Überschwemmungsgebiete sind von jeglicher Bebauung freizuhalten, insbesondere ist eine weitere Einengung der Flußtalquerschnitte zu vermeiden. Einer weiteren Versiegelung von Flächen ist zur Vermeidung von Hochwasser entgegenzuwirken.</i></p> <p>Darüber hinaus sollte das Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen („Suevit-Vorkommen bei Hofen“) nach PS 3.5.2 (Z) der Teilfortschreibung Rohstoffsicherung des Regionalplans Ostwürttemberg in die Planunterlagen aufgenommen werden, insbesondere zeichnerisch im Lageplan dargestellt werden.</p> <p><i>In den in der Raumnutzungskarte festgelegten Vorranggebieten zur Sicherung von Rohstoffvorkommen sind alle Nutzungen, die einem späteren Rohstoffabbau entgegenstehen, ausgeschlossen. Dies gilt zunächst grundsätzlich auch für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen selbst. Ausnahmen sind im Einzelfall möglich, wenn am Abbaustandort keine zumutbaren Alternativen in den zugehörigen Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe mehr</i></p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Belang wurde beachtet. HQ100-Flächen wurden nicht in Anspruch genommen. Allerdings gibt es Flächen, die im Bereich eines Extremhochwassers liegen. Darauf wurde hingewiesen. Weitere Versiegelungen wurden auch dahingehend vermieden, dass eine Reduktion der geplanten Wohnflächen erfolgt ist.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Thematik wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Das Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen wird nachrichtlich in den zeichnerischen Teil übernommen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Wird als Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



*vorhanden sind.*

Im Folgenden werden nun die einzelnen Flächen untersucht. Soweit diese Vorbehaltsgebiete des Regionalplans berühren, sind den geschützten Belangen im Rahmen der Abwägung angemessen Rechnung zu tragen.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf die raumordnerische Beurteilung verzichtet wird, soweit die Fläche bereits Gegenstand eines abgeschlossenen Bebauungsplan-verfahrens / einer städtebaulichen Satzung bzw. bereits im FNP als Baufläche dargestellt war oder lediglich geringfügige Korrekturen im FNP vorgenommen werden.

Bezeichnung	Größe	bisherige Darstellung	Festlegung Regionalplan	Raumordnerische Bewertung
WOHNBAUFLÄCHEN				
Dischingen				
D2 Rosenbach	1,6ha	(teilweise) Fläche für Landwirtschaft / (teilweise) geplante Wohnbaufläche	- HQextrem (zu einem großen Teil)  - SB für Landwirtschaft und Bodenschutz	Die Belange des Hochwasserschutzes und des SB sind ausreichend zu beachten.
Ballmertshofen				
B1B Herlsbühl	0,9ha	Fläche für Landwirtschaft	- SB für Landwirtschaft und Bodenschutz	Die Belange des SB sind ausreichend zu beachten.

Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag: Die raumordnerische Bewertung wird in die Begründung aufgenommen. Ggf. wird die Begründung für die Inanspruchnahme des schutzbedürftigen Bereichs für Landwirtschaft und Bodenschutz vertieft.

MISCHBAUFLÄCHEN				
Dunstelkingen				
DU3 Östlich Hofener Straße	0,1ha	Fläche für Landwirtschaft	-	Unter Beachtung der raumordnerischen Vorgaben ist eine Bebauung grundsätzlich denkbar.
DU5 Südwestlich Dunstelkingen	0,2ha	Fläche für Landwirtschaft	-	Unter Beachtung der raumordnerischen Vorgaben ist eine Bebauung grundsätzlich denkbar.
Katzenstein				
K1 Katzenstein	0,7ha	(teilweise) geplante Mischbaufläche (Erweiterung Richtung Süden)	- SB für Erholung	<b>Inwiefern hier ein Zielverstoß besteht, ist im weiteren Verfahren zu prüfen.</b>
K6 Erweiterung Gastronomie	1,3ha	Fläche für Landwirtschaft	-	Unter Beachtung der raumordnerischen Vorgaben ist eine Bebauung grundsätzlich denkbar.
GEWERBEFLÄCHEN				
Eglingen				
E3 Blasenfeld	3,1ha	(teilweise) geplante Wohnbaufläche	-	Unter Beachtung der raumordnerischen Vorgaben ist eine Gewerbebebauung grundsätzlich denkbar.
E5B Schrai - Erweiterung Nord	1,7ha	Fläche für Landwirtschaft	- SB für Landwirtschaft und Bodenschutz	Die Belange des SB sind ausreichend zu beachten.
Ballmertshausen				
B3 Am Bergweg / Südlicher Ortsrand	0,2ha	Fläche für Landwirtschaft	- SB für Landwirtschaft und Bodenschutz	Unter Beachtung der Belange des SB ist eine Flächenausweisung zur Sicherung der Betriebsstätte grundsätzlich denkbar.

SONDERBAUFLÄCHEN				
Demmingen				
SO Friedwald	0,3ha	Waldfläche	- SB für die Forstwirtschaft	Bei Berücksichtigung der Be- lange des SB kann die überla- gerte geplante Nutzung mitge- tragen werden.
Katzenstein				
SO1 Härtfeldsee	6,3ha	Fläche für Land- wirtschaft	- SB für Erholung - SB für Landwirt- schaft und Bo- denschutz	Die Belange des SB für Erho- lung sind berührt. <b>Im weiteren Verfahren ist darzulegen, wie mit dem Zielverstoß umgegangen wird.</b>

Hinsichtlich der Fläche SO „Härtfeldsee“ bestehen aus raumordnerischer Sicht auf Grund der Lage im schutzwürdigen Bereich für Erholung derzeit Bedenken. Laut Begründung befinden sich dort ein Strand und eine Kioskanlage, die planungsrechtlich abgesichert werden sollen. Das kann mitgetragen werden. Unklar bleibt dennoch die Notwendigkeit der Ausdehnung des Sondergebiets Richtung Süden. Insoweit sind für eine abschließende raumordnerische Beurteilung weitergehende Ausführungen erforderlich.

## II. Quantitative Beurteilung

Der Umfang der Bauflächenausweisung hat sich gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 BauGB an den voraussehbaren Bedürfnissen der Kommune zu orientieren. Für die geplanten Wohn- und Gewerbebauflächen ist daher der voraussichtliche Bedarf für den Planungszeitraum des Flächennutzungsplans zu ermitteln. Die geplanten Baugebiete haben sich an diesem Bedarf zu orientieren.

### 1. Wohnbauflächen

Bei der Flächennutzungsplanfortschreibung werden sowohl Flächen aus dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan entnommen wie auch neue Planflächen hinzugefügt. Insgesamt sollen **10,80 ha geplante Wohnbaufläche** (inkl. 50% Mischbauflächen) im Flächennutzungsplan dargestellt werden.

a. Zur Darlegung des Bedarfs werden die Hinweise des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnen zur Plausibilitätsprüfung des

Das Sondergebiet Härtfeldsee dient letztlich der Erholung. Insofern wird ein Konflikt mit dem Schutzbedürftigen Bereich für die Erholung hier nicht gesehen.  
Beschlussvorschlag: Der Sachverhalt wird in die Begründung aufgenommen. Die Gebietsgröße wird reduziert.

Kenntnisnahme

Der Umfang der Ausweisungen wird noch etwas reduziert.

	<p>Bauflächenbedarfes vom 15.02.2017 herangezogen.</p> <p>Dabei ist der Flächenbedarf auf Basis der Hauptvariante der Bevölkerungsvorausrechnung zu berechnen und lokale Besonderheiten anschließend zu quantifizieren und dem Bedarf hinzuzurechnen. Der Sprung an den oberen Korridorrand erscheint hier - unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen - als zu weitgehend und vermag die Situation Dischingens nicht überzeugend darzustellen.</p> <p>Der Berechnung werden die prognostizierten Einwohnerzahlen des Statistischen Landesamtes für die Jahre 2018 bis 2033 zugrunde gelegt. Unter Heranziehung obiger Hinweise ergibt sich für Dischingen rechnerisch ein absoluter Bedarf von - 3,27 ha.</p> <p><i>EZ 1: <math>4.348 \times 0,3 \times 15 \text{ Jahre} / 100 = 196</math></i>  <i>EZ 2: <math>4.257 - 4.348 = - 91</math></i>  <i>EZ: 105</i>  <b>Relativer Bedarf:</b> <math>105 / 45 \text{ EW/ha} \quad \text{rd. } 2,33 \text{ ha}</math>  <b>Absoluter Bedarf:</b> <math>2,33 \text{ ha} - 5,6 \text{ ha} \quad - 3,27 \text{ ha}</math>  <i>(11,1 ha Baulücken; anrechenbar 50 %)</i></p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der Regionalverband Ostwürttemberg für das Kleinzentrum Dischingen eine Mindest-Bruttowohndichte von 45 EW/ha vorsieht. Der angenommene Dichtewert auf S.10 ist daher zu korrigieren.</p> <p>b. In den letzten Jahren hat eine intensive Auseinandersetzung mit den vorhandenen Flächenpotenzialen stattgefunden. Dies wird in den Unterlagen auf S. 7 und 8 dargestellt. Die Bemühungen der Kommune werden aus raumordnerischer Sicht ausdrücklich begrüßt.</p> <p>Aus den bestehenden Innenentwicklungspotentialen und den Baulücken ergibt sich ein rechnerisches Flächenpotential von ca. 11,1 ha, wobei davon ausgegangen wird, dass nur 50 % der Flächen einer Bebauung zur Verfügung stehen. Hauptgrund sei derzeit die</p>	<p>Ein Sprung an den oberen Korridorrand erfolgt in der Berechnung nicht. Allerdings wurde in Kap. 2.3.1 beispielhaft der gesamte Korridor der Siedlungsentwicklung mit unterem und oberem Rand dargestellt und dann die Auswirkungen auf den Flächenbedarf dargestellt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>EZ 2 wurde durch den Bedarf ersetzt, der sich aus den Einpendlern ergibt.</p> <p>Die weiteren Berechnungen erfolgten mit 45 EW/ha.  <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Empfehlung des Regionalverbands bzgl. Mindestbruttowohndichte auf S. 10 wird korrigiert.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>mangelnde Verkaufsbereitschaft der Eigentümer. Diese Quote kann mitgetragen werden. Insgesamt sind somit 5,6 ha an Baulücken in Abzug zu bringen.</p> <p>Allerdings werden im Ergebnis nur 1,44 ha (0,08 ha je Baulücke) berücksichtigt, siehe Tabelle auf S. 13. Laut Begründung beruhe der Abzug für die zur Verfügung stehenden Flächenpotentiale auf einer Umfrage unter den Grundstücksbesitzern. Dies ist hier, vor dem Hintergrund der schon berücksichtigten Aktivierungsquote von 50 % nicht nachvollziehbar. U.E. kann eine Umfrage zu genaueren Ergebnissen führen, sodass wir empfehlen, allein die dadurch gewonnenen Erkenntnisse und keine Durchschnittswerte der Bedarfsberechnung zugrunde zu legen.</p> <p>Darüber hinaus sollten die Baulücken in der Tabelle auf S. 13 in ha angegeben werden. Empfehlenswert wäre zudem eine zeichnerische Darstellung aller vorhandenen Flächenpotentiale.</p> <p>Auch erfolgt keine Unterscheidung zwischen gemeindeeigenen und privaten Baulücken. Erstere sind grundsätzlich zu 100 % anzurechnen. Fehlen solche, ist dies in der Begründung ebenso darzulegen.</p> <p>c. Die Plausibilitätshinweise sehen ausdrücklich vor, dass örtliche und regional bedingte Besonderheiten, die ggf. zu einem erhöhten Bedarf führen können, ebenso mit in die Bewertung einzubeziehen sind, wie ggf. regionalplanerische Vorgaben zur Wohnbauflächenentwicklung.</p> <p>Einpendler können einen solchen Mehrbedarf begründen, soweit ein nachvollziehbarer Ansiedlungswunsch dargelegt wird. In der Gemeinde Dischingen kommen derzeit 966 Beschäftigte von außerhalb. Die Annahme, dass sich rund 20% der Einpendler während der Laufzeit des Flächennutzungsplans ansiedeln werden, erscheint plausibel. Mithin ergibt sich ein zu berücksichtigender Mehrbedarf an Wohnbaufläche von 8,58 ha.</p>	<p>Die Aktivierungsquote von 50 % wurde nur in Kapitel 2.3.1 dargestellt, kommt aber letztlich nicht zur Anwendung. In Kap. 2.3.1 werden lediglich die Spannen der möglichen Entwicklung „durchgespielt“.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die beispielhaften Rechnungen werden aus der Begründung herausgenommen.</p> <p>Letztlich ist bei der Angabe entscheidend, dass in der Baulücke im Regelfall 1 Wohnhaus errichtet werden kann.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Begründung für den Ansatz von 0,08 ha/Baulücke wird in die Begründung eingefügt.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die gemeindeeigenen Baulücken wurden ermittelt und in der Berechnung berücksichtigt</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Als örtliche Besonderheit kann außerdem eine stark vertretende jüngere Bevölkerung im Planungshorizont des FNP angeführt werden, da insoweit mit einer verstärkten Bauherrentätigkeit zu rechnen ist. Der Anteil der jungen Bevölkerung („Bauherengeneration“ - 25 bis 40 Jahre) in der Region liegt bei 17% und entwickelt sich positiv. Dabei wird insbesondere als ausschlaggebender Faktor für junge Familien die Sicherung des Schulstandorts Egauschule in Dischingen genannt. Allerdings übersteigen die Hochbetagten diese Bevölkerungsgruppe weiterhin deutlich. Soweit demnach hierauf ein Mehrbedarf gestützt werden soll, sollten weitergehende Ausführungen erfolgen.</p> <p>Insgesamt sind die Ausführungen zum Wohnbauflächenbedarf an einigen Stellen sehr oberflächlich. Die Tabelle auf S. 13, welche wohl die kommunalen Besonderheiten im Abschnitt 2.3.2 zusammenfassen soll, ist schwer verständlich.</p> <p>Allerdings kann im Ergebnis, unter Berücksichtigung der vorgetragenen Argumente und der besonderen Situation in der Gemeinde ein Bedarf von 10,8 ha mitgetragen werden, soweit nachvollziehbar dargelegt werden kann, dass allein 1,44 ha an Flächenpotentialen tatsächlich anrechenbar sind.</p> <p><u>2. Gewerbeflächen</u> Geplant ist die Darstellung von insgesamt <b>18,2 ha geplante Gewerbefläche</b>. Darin enthalten sind 2,3 ha an gemischten Bauflächen.</p> <p>Laut PS 2.5.6 (G) Regionalplan Ostwürttemberg können Kleinzentren gewerbliches Bauland für Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe <i>i.d.R. für den Bedarf ihres Nahbereichs (von der Verbindlichkeit ausgenommen)</i> ausweisen. Hierzu gehört die Bereitstellung von gewerblichem Bauland für die Erweiterung vorhandener Betriebe und für die Neuansiedlung zusätzlicher Betriebe.</p> <p>Wie in der Begründung ausführlich ausgeführt, lässt sich der Bedarf insbesondere aus Betriebserweiterungen und geplanten Neuansiedlungen ermitteln. Neuansiedlungswünsche von außen</p>	<p>Die dargestellten Zahlen dienen nicht der Begründung für einen konkreten Mehrbedarf, sie sollen lediglich die Ausführungen argumentativ unterstützen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Ausführungen werden ergänzt.</p> <p>Da eine weitere geplante Mischfläche in Katzenstein aus der Planung genommen wurde, reduziert sich die Flächeninanspruchnahme noch geringfügig. Die gemeindeeigenen Flächen werden in die Berechnung aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>bleiben dabei unberücksichtigt. Insgesamt ergibt sich zur Deckung konkreter Firmenentwicklungen ein Gesamtbedarf von ca. 15,9 ha. Darin enthalten ist auch eine Fläche für bislang unabsehbare Gewerbebedarfe. Dies halten wir unter Vorsorgegesichtspunkten für plausibel.</p> <p>Im Ergebnis ist der Bedarf, auch unter Berücksichtigung des in der Begründung abgedruckten Bautagebuches, ausreichend dargelegt worden. Laut Tagebuch betrug der Umfang der gewerblichen Entwicklungen im Zeitraum 2008 - 2018 ca. 9 ha. Bei einer Hochrechnung auf 15 Jahre würde dies einem Bedarf von ca. 13,5 ha entsprechen.</p> <p>Weitere Ausführungen sollten allerdings noch zu den vorhandenen innerörtlichen Potentialflächen erfolgen. Um einen umfassenden Überblick zu gewährleisten, sollten die Potentialflächen dabei unter Angabe der Anrechnungsquote aufgeführt werden.</p> <p><u>III. Flächen für die Nutzung von Windkraftanlagen</u> Mit der Flächennutzungsplanfortschreibung soll zudem eine Fläche für die Windkraftnutzung ausgewiesen werden. Wir weisen darauf hin, dass aufgrund von Verbesserung bei der Methodik, den Computerleistungen und insbesondere der Datengrundlage der Windatlas aus dem Jahr 2011 durch einen neuen ersetzt wurde. Außerdem ist der Windenergieerlass Baden-Württemberg im Mai 2019 außer Kraft getreten. Wir bitten diese Vorgänge im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.</p> <p><u>1. Regionalplan</u> Die geplante Konzentrationszone entspricht dem in der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien Regionalplan Ostwürttemberg dargestellten Vorranggebiet für regional-bedeutsame Windkraftanlagen, Dischingen (23) nach PS 4.2.3.1 (Z). Gleichzeitig betrifft die geplante Fläche einen schutzwürdigen Bereich für Forstwirtschaft, PS 3.2.3.1 (G) Regionalplan Ostwürttemberg. <i>Die in der Raumnutzungskarte als schutzwürdige Bereich für die</i></p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Ausführungen zu vorhandenen innerörtlichen Potentialflächen werden ergänzt.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Flächennutzungsplanfortschreibung waren die neuen Daten noch nicht verfügbar. Die Auswirkungen der Daten des neuen Windatlas auf die Potenzialanalyse sind untenstehenden Ausführungen zu entnehmen. Der Windenergieerlass war vor dem Außerkrafttreten lediglich behördenverbindlich. Ihm ist dennoch weiterhin eine gewisse Funktion als Leitfaden zuzumessen.</p> <p>Ein Konflikt ergibt sich hier aufgrund der überlagernden Darstellung nicht. Diese Belange wurden zudem bereits im Rahmen der Regionalplanfortschreibung abgewogen. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird nachrichtlich in die Begründung übernommen</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p><i>Forstwirtschaft dargestellten Waldflächen der Region sollen aus volkswirtschaftlichen, landeskulturellen, ökologischen und sozialen Gründen in ihrem derzeitigen Umfang erhalten werden.</i></p> <p>Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung sind im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 und 4, § 4 Abs. 1 ROG).</p> <p><u>2. Planung / Methodik</u></p> <p>a. Siedlungsabstände</p> <p>Im Zuge der Ausweisung weicher Tabukriterien wird der Mindestabstand zu Wohn-/ Mischbauflächen erweitert und ein Abstand von mindestens 1.000 m zu allen Siedlungsflächen im Sinne des Windenergieerlasses angesetzt. Dieser Abstand wird auch für bewohnte Gehöfte im Außenbereich und Erholungsflächen herangezogen.</p> <p>Wir weisen diesbezüglich auf den Beschluss des VGH München vom 21.01.2013, Aktenzeichen 22 CS 12.2297 hin, der eine einheitliche Abstandsvorgabe von 900 m für Windkraftanlagen zu allgemeinen Wohngebieten, Dorfgebieten, Mischgebieten, Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich betrifft. Dort heißt es u.a.: „Der von der Antragstellerin vorgesehene einheitliche Siedlungsabstand zu Gunsten von allgemeinen Wohn-, Misch- und Dorfgebieten sowie Außenbereichsflächen ebnet die sachlich und rechtlich bestehenden Unterschiede der Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit der unterschiedlichen Bereiche ohne die von Verfassungen wegen nach Art. 3 Abs. 1 i. V. m. Art. 14 Abs. 1 GG erforderliche sachliche Rechtfertigung ein.“ Im Hinblick auf einen einheitlichen Abstand von Gebieten mit unterschiedlichem Schutzanspruch besteht daher unseren Erachtens weiterer Begründungsaufwand.</p> <p>Beispielsweise können Erholungsflächen durchaus auch sportliche Einrichtungen umfassen, von denen wiederum selbst erhebliche Lärmemissionen ausgehen können. Wir regen eine Auseinandersetzung hiermit an.</p>	<p>Der Schutzanspruch ergibt sich zum einen durch die unterschiedlichen Richtwerte der TA Lärm, wie in der Begründung dargestellt. Gerade mit der zunehmenden Höhe der Anlagen sind die Ortslagen aber vermehrt von Schattenwurf betroffen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Begründung für die einheitlich Anwendung des 1000m-Abstands wird noch etwas vertieft.</p> <p>Hier ist zwischen Freizeit- und erholungsorientierter Nutzung zu unterscheiden. Die Erholungsflächen wurden hinsichtlich ihrer Nutzung überprüft. Für die Freizeitorientierte Nutzung wurde kein eigener Schutzabstand ausgewiesen, sehr wohl aber für ruheorientierte</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



	<p>b. Konzentrationszone an der Grenze des Gemeindegebiets Da die Konzentrationszone an der Grenze des Plangebiets liegt, regen wir einen Austausch mit der Nachbarkommune an, ob angrenzend die Ausweisung einer Konzentrationszone geplant ist.</p> <p>c. Abwägung der Potentialflächen Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB muss deutlich werden, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windenergieanlagen freizuhalten. Grundsätzlich sind nach der Rechtsprechung die Potenzialflächen, die nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen übrig bleiben, in einem weiteren Arbeitsschritt zu den ihnen konkurrierenden Nutzungen in Beziehung zu setzen, d.h. die öffentlichen Belange, die gegen die Ausweisung eines Landschaftsraums als Konzentrationszone sprechen, sind mit dem Anliegen abzuwägen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine Chance zu geben, die ihrer Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerecht wird (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.12.2012, AZ 4 CN 2/11).</p> <p>Die Potentialfläche 2 ist beispielsweise nach dem aktuellen Stand nicht mehr zur Ausweisung vorgesehen. Auf die angeführte landschaftsästhetische Verriegelung des Hauptorts Dischingens sollte nochmals vertiefend eingegangen werden, zumal Potentialfläche 2 nur 350 m von Potentialfläche 1 getrennt liegt und insoweit auch eine Bündelung vorliegen könnte.</p> <p>Insgesamt erscheinen die Ausführungen zur Flächenwahl auf S. 51 zu knapp, sodass wir empfehlen, diese im weiteren Verfahren zu ergänzen.</p> <p><u>3. Substanziell Raum schaffen</u> Der Plan muss der Windenergienutzung in substanzieller Weise</p>	<p>Erholungsnutzungen, wie z.B. den Friedwald. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird ergänzt</p> <p>Die dargestellte regionalplanerische Konzentrationszone umfasst auch einen kleinen Teil außerhalb des Gemeindegebiets auf dem Nattheimer Gebiet. Alle Anlagen stehen auf Dischinger Flur. Auf Nattheimer Gebiet sind keine Anlagen mehr sinnvoll denkbar.</p> <p>Dieser Planungsschritt wurde vorgenommen (vgl. Kap. 4.3 bis 5. Der Begründung).</p> <p>Die angesprochene landschaftsästhetische Verriegelung ist nicht als einziger Grund aufgeführt, weswegen die Potenzialflächen nicht weiterverfolgt wurden. Zudem geht die Flächenauswahl auch aus der Gegenüberstellung der Flächen in der Tabelle hervor. Die Fläche ist zudem nach der Auswertung des neuen Windatlases als Potenzialfläche nicht mehr haltbar.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Raum schaffen. Eine Planung schafft nach der Rechtsprechung beispielsweise dann substantiell Raum, wenn die ausgewiesenen Konzentrationsflächen nach ihrer Zahl und Größe einen beachtlichen Teil der potenziell für die Windkraftnutzung in Betracht kommenden Fläche ausmachen und mit hinreichender Sicherheit zur Errichtung von Wind-kraftanlagen führen, die nach ihrer Anzahl und Energiemenge auch mit Blick auf den Bundesdurchschnitt geeignet sind, einen gewichtigen und den allgemein anerkannten energiepolitischen Zielsetzung nicht offensichtlich widersprechenden Beitrag zur Erhöhung des Anteils regenerativer Energien an der Gesamtenergieerzeugung zu leisten.</p> <p>In der Entscheidung des BVerwG vom 13.12.2012 wird darauf hingewiesen, dass verschiedene Begründungsmodelle gebilligt werden. Einem Flächenvergleich kommt in jedem Fall Indizwirkung zu. Außerdem gilt: Je geringer der Anteil der ausgewiesenen Konzentrationszonen ist, desto gewichtiger müssen die gegen eine weitere Ausweisung von Vorranggebieten sprechenden Gesichtspunkte sein, damit es sich nicht um eine unzulässige „Feigenblattplanung“ handelt.</p> <p>Die Gesamtfläche von Dischingen beträgt nach den vorgelegten Unterlagen 7.806 ha. Nach der bisherigen Planung umfasst die geplante Konzentrationsfläche (ca. 67 ha - Bereich des regionalplanerischen Vorranggebiets). Im Hinblick auf die Gesamtfläche von Dischingen entsprach dies einem Anteil von weniger als 1 %. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Gemeinde Dischingen über mehr windhöfliche Flächen verfügt als der Durchschnitt des Landes, empfehlen wir im weiteren Verfahren eine nochmalige inhaltliche Auseinandersetzung mit den Flächenpotentialen zur Schaffung substantiellen Raums für die Windkraft.</p>	<p>Nach Überprüfung der Potenziale nach neuem Windatlas hat sich gezeigt, dass die mittleren Windgeschwindigkeiten im Bereich der Potenzialflächen P 1 bis P6 deutlich geringere Werte erreichen, als bisher angenommen. Nach Auswertung der Windhöflichkeit in einer Höhe von 160 m verbleibt in der Potenzialkarte nur noch eine kleine Fläche nördlich von Frickingen. Dieses Areal ist jedoch zu klein, um eine Bündelungswirkung zu entfalten. Die Vorrangfläche des Regionalplans ist aus planungsrechtlichen Gründen zu übernehmen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Konzentrationszone wird nicht verändert.</p>
2.2 Abt. Landwirtschaft	<p>Abteilung 3 ist von Referat 21 zur Prüfung aufgefordert, ob in Bezug auf die Planung von Seiten des RPS zu vertretende Belange zu berücksichtigen sind. Dies ist z.B. der Fall, wenn sich Planungen / Vorhaben in großem Umfang auf landwirtschaftlich gut geeigneten</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

	<p>Flächen abspielen bzw. weitere landwirtschaftliche Belange betroffen sind. Zu überprüfen ist dabei im Detail, ob den Forderungen der Landwirtschaft / Agrarstruktur nach sparsamem Umgang mit Grund und Boden und Reduzierung der Flächeninanspruchnahme Rechnung getragen wird. Zielsetzung gemäß LEP ist dabei, Ackerstandorte mit einer hohen Bonität gegenüber konkurrierenden Nutzungen in der Abwägung entsprechend und ausreichend zu beachten.</p> <p>Zur Windkraft wurde Abt. 3 bereits im Oktober 2014 bei der FNP – Teilfortschreibung zur Festlegung von Vorrangflächen für die Nutzung der Windenergie beteiligt. Unsere damalige Stellungnahme wird inhaltlich aufrechterhalten und wie folgt im Gesamtkontext FNP ergänzt.</p> <p>Die Gebiete der FNP-Fortschreibung liegen in Dischingen am östlichen Rand des LK HDH. In diesem Gebiet wird die früher dominierende Landwirtschaft auf Acker-/ Grünlandflächen immer mehr durch Siedlung und Verkehr zurückgedrängt; gute Flächen stehen nur noch in begrenztem Umfang zur Verfügung. Z.T. liegen gute Böden in ebener Lage vor. Über die guten Bodenqualitäten hinausgehend sind auch die agrarstrukturellen Bedingungen meist gut (Schlaggröße, Erschließung, Hof-Feld- Entfernung). Diese Bedeutung der Standorte für Kulturpflanzen und damit für die landwirtschaftliche Nutzung wird in der Flurbilanz wiedergegeben, hier im Gebiet herrscht landwirtschaftliche <u>Vorrangfläche</u> Stufe II bzw. <u>Vorrangflur</u> Stufe II vor.</p> <p>Aus Sicht des öffentlichen Belangs der Landwirtschaft bestehen damit grundsätzlich Bedenken zu den Planungen, da diese meist Vorrangfläche/-flur nach Flurbilanz beanspruchen.</p> <p>Zu den vorliegenden Unterlagen ist festzustellen, dass sich zu den einzelnen Gebieten keine qualifizierte Aussage zur Bedeutung der Flächen für die Landwirtschaft findet. U.E. wird damit den Vorgaben des LEP und dem Ziel des sparsamen Umgangs mit der Ressource gutes Ackerland nicht in ausreichendem Umfang Rechnung getragen. Abt. 3 möchte deshalb zumindest exemplarisch zu den vorliegenden</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Information über die besondere Bedeutung der Fläche wird in den Umweltbericht aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Unterlagen in einigen Punkten Bedenken / Anregungen vorbringen. Diese lauten wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Flurbilanz findet in den Unterlagen keine Erwähnung. In der Flurbilanz werden Bodendaten mit agrarstrukturellen Merkmalen verknüpft. Das Endergebnis, die Wirtschaftsfunktionenkarte, stellt dann die Gesamtbewertung der Bedeutung der Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung dar. Dieser Zusammenhang sollte in den Unterlagen wiedergegeben werden (Erläuterungen zur Systematik und Aussagekraft). Darüber hinaus sollte sich die Einstufung der Flurbilanz in Vorrangfluren/-flächen der Stufe II und (Unter-) Grenzflur in einer Karte zumindest als Anlage finden - ansonsten gehen die wichtigen Informationen zur Bedeutung der Flächen für die Landwirtschaft verloren;</li> </ul> <p>Erforderlich für die ordnungsgemäße Abwägung wäre eine differenzierte Betrachtung der landwirtschaftlichen Nutzung und Bewertung gemäß der Flurbilanz (ergänzt durch FNP Ausweisung als Flächen für die Landwirtschaft) in den detaillierten Steckbriefen zu den einzelnen Baugebieten und eine Nutzungsbeschreibung (Acker / Grünland).</p> <p>Darüber hinaus sind vermutlich durch die Planungen einzelbetriebliche Belange negativ betroffen. Diese sind im Hinblick auf die jeweiligen Betriebe herauszuarbeiten;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- über die Flurbilanz hinausgehend sollte auf den Regionalplan Bezug genommen werden der neben der baulichen Entwicklung unter Grünzügen / Grünzäsuren auch die regionalplanerischen Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft enthält.</li> </ul> <p>Die Grundsätze des Regionalplans zur Sicherung ausreichender Flächen für die Landwirtschaft werden erst bei Planungs- und Zielkonflikten infolge der Überlagerung fachlicher und raumplanerischer Aussagen konkret. In der Abwägung zwischen den konkurrierenden Nutzungsansprüchen hat dies in der Regel zur Folge, dass ungeachtet der grundsätzlichen Aussagen die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Vorrangfluren auf Ebene Bauleitplanung weitergeht. Im Interesse der Planungssicherheit und</p>	<p>Informationen über die Bedeutung und Funktion der Flurbilanz bzw. Wirtschaftsfunktionenkarte werden in den Unterlagen ergänzt. Die Flurbilanz der Planflächen ist bereits in den jeweiligen Steckbriefen der einzelnen neuen Planungen enthalten (Kap. 5.3, Umweltbericht). <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Inanspruchnahme von Vorrangfluren II wird zusätzlich in die Beschreibung der einzelnen Gebiete aufgenommen</p> <p>Ein großer Teil des Geltungsbereichs ist bereits als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen.</p> <p>Einzelbetriebliche Belange wurden berücksichtigt. Unter anderem bei einem Hof in der Nähe von Katzenstein. Hier wurden Flächen zurückgenommen, die bereits im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Bauflächen dargestellt waren. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in der Begründung ergänzt.</p> <p>Zu einem großen Teil wurden geplante Bauflächen aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan übernommen. Insgesamt wurden in der vorliegenden Fassung weniger Wohnbauflächen ausgewiesen als im Vorgängerplan. Der Umfang der Ausweisungen basiert auf einer Bedarfsermittlung. Damit wurde die ungebremsste Ausdehnung der</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Umsetzbarkeit sollten die Zielkonflikte aufgegriffen und planerisch aufgearbeitet werden. Durch Schwerpunktsetzung für vorrangige Flächennutzungen in Abhängigkeit von den naturräumlichen Vorgaben lässt sich zumindest ein konzeptionell-planerischer Konsens in der Raumnutzung aufstellen.</p> <p>Konkret heißt das aus unserer Sicht: Vorrangfluren der Stufe I + II der Flurbilanz sollten der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten werden.</p> <p>- in diesem Zusammenhang weisen wir auf die eindeutigen Aussagen des Landesentwicklungsplanes auch im Hinblick auf den öffentlichen Belang der Landwirtschaft hin (S. 2: „gut geeignete landwirtschaftliche Standorte sollen geschont werden,...dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden...“). Ziele des LEP hierbei sind die Sicherung und Entwicklung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft, die heute im gesellschaftspolitischen Auftrag multifunktionale Aufgaben - insbesondere auch in dieser Region – zu erfüllen hat. In dieser Funktion kommt der Landwirtschaft eine besondere Bedeutung zu, die es bei den raumordnerischen Planungen gem. § 2 Abs. 2 Ziff. 3 und 10 ROG zu berücksichtigen und zu sichern gilt.</p> <p>Die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Planung sowie nachdrückliche Planaussagen zur Sicherung von landwirtschaftlicher Fläche werden jedoch in den Unterlagen vermisst.</p> <p>Nach unserer Auffassung sind diese Plansätze aus dem LEP gem. § 8 Abs. 1 LPLG in den Regionalplan zu übertragen und von dort in die kommunale Entwicklungsplanung auf Ebene FNP einzuarbeiten (also nicht nur zu zitieren).</p> <p>Die Belange der Landwirtschaft selbst und auch der Landschaftsentwicklung begründen sich neben dem LEP in §2 LLG sowie den aufgestellten Fachplanungen nach §7 Abs.2 LLG;</p> <p>- bekanntermaßen hat der Flächenverbrauch in den letzten Jahrzehnten weitgehend auf der landwirtschaftlichen Fläche stattgefunden. Hinzu kommt, dass es gerade im LK HDH oft gute</p>	<p>Siedlungsflächen bereits wirksam vermindert. Dennoch kommt eine neue Ausweisung in die Vorrangfluren hinein vor. Auch eine sinnvolle Zuordnung der Baugebiete aus städtebaulichen Erwägungen heraus bzw. um dem Anbindungsgebot Folge zu leisten oder um den Erschließungsaufwand gering zu halten, führt insgesamt zu einer geringeren Flächeninanspruchnahme und dient damit dem Flächensparen.</p> <p>Der unabweisbar notwendige Umfang der Flächenausweisungen geht aus der Bedarfsermittlung hervor.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Funktionen der Landwirtschaft werden in die Begründung aufgenommen. Zusätzlich zur reinen Darstellung der betroffenen Vorrangfluren und der betroffenen Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft wird begründet, aus welchen Gründen (s.o.) dennoch eine Flächenausweisung erfolgt.</p> <p>Auf eine Reduzierung der Wohnbauflächen gegenüber dem Vorgängerplan wird hier nochmals verwiesen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Acker-/ Grünlandstandorte sind, die der Siedlung zum Opfer fallen; nicht etwa produktionsschwache Bereiche. Diese Entwicklung gilt es einzudämmen und die Flächeninanspruchnahme insgesamt, aber speziell auf guten Acker- / Grünlandflächen zu reduzieren;</p> <p>- die Bedeutung der Landwirtschaft im Planungsraum wird nicht ausreichend dargestellt, auch nicht hinsichtlich der Kulturlandschaft. Gerade auf Gemarkung Dischingen hat sich die Landschaft in ihrer Vielgestaltigkeit nicht von selbst entwickelt. Sie ist vielmehr das sichtbare Nebenprodukt der verschiedenen Nutzungen und was die Flur anbelangt, ist sie durch die bäuerliche, landwirtschaftliche Nutzung entstanden. Die Landwirtschaft ist dabei an erster Stelle Bewirtschafter des Landes, ihre Zweckbestimmung ist die Erzeugung regionaler Produkte als Nahrungsgrundlage des Menschen.</p> <p>In den Umweltbericht ist deshalb ein Kapitel aufzunehmen, das fachlich fundiert und neutral die Landwirtschaft im Planungsraum beschreibt und auf die Besonderheiten im Naturraum abhebt. Diese Beschreibung sollte ergänzt werden um Aussagen zum Strukturwandel in der Landwirtschaft auch für die Zukunft sowie eine Themenkarte Landwirtschaft. Das Schutzgut Fläche wäre u.E. hierfür der geeignete Platz in den Unterlagen. Bisher werden die Schutzgüter Fläche und Boden im Umweltbericht im Kap. 6.1 zusammengefasst, aber inhaltlich wenig ausgeformt (s. S. 113);</p> <p>- beim Eingriffs-Ausgleich ist wie gesagt anzumerken, dass die Landwirtschaft, die bereits durch die Baugebiete Ackerflächen verliert, hier nochmals durch Eingriffs- Ausgleichsmaßnahmen betroffen wäre. Um eine Doppelbelastung der Landwirte zu vermeiden, sollten daher insbesondere wertvolle Ackerflächen nicht vorrangig für Eingriffs-Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden. Diese bilden die wirtschaftliche Grundlage der landwirtschaftlichen Betriebe und sind für deren Sicherung entscheidend.</p> <p>Das BNatschG gibt dazu auch den rechtlichen Hintergrund. Aus § 15 Abs. 3 BNatschG ergibt sich die Notwendigkeit, insbesondere auf die für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Böden Rücksicht zu nehmen. Auf die gleichlautende Zielsetzung des Grundlagenpapiers des MLR (2004), wird ebenfalls verwiesen (s. auch Anlage). Aus Sicht der Landwirtschaft sollten also</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Rolle der Landwirtschaft wird ergänzend in den Umweltbericht aufgenommen</p> <p>Das Schutzgut Fläche ist aus den dargestellten Flächenangaben ersichtlich und wurde durch die Bedarfsermittlung und damit die Begrenzung der Inanspruchnahme berücksichtigt.</p> <p>Im Flächennutzungsplan werden keine Ausgleichflächen konkret dargestellt.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Grundsatz bei der Auswahl der Ausgleichsflächen wird als Hinweis für die weitere Planung in den Umweltbericht aufgenommen.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Biotopneuentwicklungen vielmehr primär auf Grenz-/ Untergrenzfluren in enger Abstimmung mit der Landwirtschaft angestrebt werden, d.h. der Kontakt mit den Landwirten sollte bereits im Vorfeld erfolgen.</p> <p>Zusammenfassend ist festzustellen, dass als Folge des Strukturwandels es für die Landwirtschaft zunehmend schwieriger wird, die gesellschaftlichen Anforderungen in Form ihrer multifunktionalen Aufgaben (Schutz der natürlichen Ressourcen durch gesetzlich vorgegebene gute fachliche Praxis = Nachhaltigkeit, regionale Produktion hochwertiger Lebensmittel, Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft,...) flächendeckend zu erfüllen. Voraussetzung dafür sind landwirtschaftlich gut nutzbare, ertragsfähige Böden und zukunftsfähige Flur- und Betriebsstrukturen. Nur so kann die Landwirtschaft zur Erhaltung der Landeskultur einschließlich der Kulturlandschaft nachhaltig beitragen. Letztendlich sind auch Naturschutz und Landschaftspflege, die in den vorgelegten Unterlagen breiten Raum einnehmen, ohne eine intakte Land- und Forstwirtschaft nicht leist- und vor allem nicht finanzierbar. Zweifelsohne ist die Aufrechterhaltung der Nutzung mit geringeren Kosten für die öffentlichen Haushalte verbunden als Pflegemaßnahmen. Insgesamt sollte der FNP stärker den Brückenschlag zur Landwirtschaft als dem Hauptflächennutzer versuchen.</p> <p>Anlage: Zu Maßnahmentypen des naturschutzrechtlichen Eingriffsausgleichs (siehe Anlage Originalstellungnahme)</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Belange der Landwirtschaft werden in Begründung und Umweltbericht stärker berücksichtigt.</p> <p>Die Art der Maßnahmen wird im Rahmen der nachgelagerten Planung festzulegen sein.</p>
2.3 Abt. Straßenwesen und Verkehr	<p>Dem oben genannten Vorhaben kann von hier aus zugestimmt werden, wenn folgende Auflagen berücksichtigt werden. Wir gehen davon aus, dass in allen Fällen die straßenrechtlichen Vorgaben (Anbaubeschränkungen nach § 22 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG)) in den Bebauungsplänen berücksichtigt werden.</p> <p>Die verkehrliche Erschließung der Baugebiete hat im Regelfall über innerörtliche Straßen zu erfolgen. Neue Straßenanschlüsse zur Erschließung von Baugebieten an Außenstrecken der Landesstraßen werden nur ausnahmsweise zugelassen und bedürfen der engen Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, Baureferat Ost.</p>	<p>Wird in der späteren Bebauungsplanung berücksichtigt werden.</p> <p>Kenntnisnahme</p>

	<p>Die Kosten der neuen Straßenanschlüsse sind in allen Fällen von den Gemeinden zu tragen.</p> <p>Durch die Ausweisung der Baugebiete dürfen den Trägern der Straßenbaulast der Landesstraßen keine Kosten für evtl. erforderliche Lärmschutzeinrichtungen entstehen.</p> <p>Von den Windpotentialflächen P 1 – P 6 sind Autobahnen, Bundes- oder Landesstraßen nicht betroffen.</p> <p><u>Luftrechtlich:</u> Soweit in der Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2020 zusätzliche Flächen für Wohn- und Gewerbe Zwecke ausgewiesen sind, bestehen aus luftrechtlicher Sicht keine Bedenken. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir außerdem auf die bereits in den Jahren 2014 und 2015 abgegebenen Stellungnahmen hinsichtlich der Vorrangfläche zur Errichtung von Windkraftanlagen im nordwestlichen Bereich des Plangebiets.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
2.4 Abt. Umwelt	<p><u>Naturschutz:</u> Naturschutzgebiete sind von der Fortschreibung des FNP Dischingen nicht betroffen, jedoch Flächen des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg:</p> <p>Auf folgenden Planflächen bestehen Vorkommen des Schmetterlings Wald- Wiesenvögelchen (<i>Coenonympha hero</i>, RL 1 BW): Demmingen Friedwald sowie innerhalb der Potentialflächen für Windkraftanlagen P6 und P4.</p> <p>Innerhalb der Potentialfläche für Windkraftanlagen P2 gibt es ein Vorkommen der Pflanzenart Spatzenzunge (<i>Thymelaea passerina</i>, RL 2 BW).</p> <p>Am Härtsfeldsee und in der Egau ist der Biber (<i>Castor fiber</i>, RL 2 BW) ansässig.</p> <p>Folgende Planungen liegen innerhalb des FFH-Gebiets „Härtsfeld“:</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Nach der Einarbeitung des neuen Windatlas entfallen die genannten Potenzialflächen.</p> <p>Nach der Einarbeitung des neuen Windatlas entfällt die genannte Potenzialfläche.</p> <p>Nach derzeitigem Stand ist der Biber vermutlich nicht betroffen <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Hinweis wird für die nachgelagerte Planung in den Umweltbericht aufgenommen.</p> <p>FFH-Gebiete wurden bei der Potenzialanalyse</p>



	<p>SO Härtsfeldsee, Potentialflächen für Windkraftanlagen P1 und P5. Weitere grenzen an das FFH-Gebiet „Härtsfeld“ an: Konzentrationszone Windenergie, Potentialflächen für Windkraftanlagen P2 und P4.</p> <p>Es muss ausgeschlossen sein, dass von diesem Vorhaben negative Auswirkungen auf das Natura 2000-Gebiet ausgehen. Schutzzwecke sowie die Erhaltungsziele des Naturschutzgebietes und der Natura 2000-Gebiete dürfen grundsätzlich nicht erheblich beeinträchtigt werden.</p> <p>Da der Härtsfeldsee nicht nur FFH-Gebiet und Lebensraum des Bibers ist, sondern auch im Frühjahr und Herbst ein bedeutendes Rastgebiet für Zugvögel darstellt, sollte die zukünftige Nutzung (sowohl baulich als auch touristisch) die bisherige Ausdehnung entlang des Ufers nicht überschreiten.</p> <p>Die weitere naturschutzfachliche Beurteilung sowie die artenschutzrechtliche Prüfung in der Bauleitplanung gem. §§ 44 ff BNatSchG obliegen grundsätzlich zunächst der unteren Naturschutzbehörde. Nur dann, wenn für streng geschützte Tier- und Pflanzenarten eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG oder eine Befreiung nach § 67 BNatSchG erforderlich ist, bedarf es eines Antrags an das Regierungspräsidium (Referat 55). Gleiches gilt, wenn es sowohl für streng als auch für nicht streng geschützte Arten einer Ausnahme oder Befreiung bedarf.</p> <p><u>Hinweis:</u> Wenn Festsetzungen eines FNP mit den Regelungen einer naturschutz- bzw. artenschutzrechtlichen Verbotsregelung nicht zu vereinbaren sind, ist der FNP mangels Erforderlichkeit dann unwirksam, wenn sich die entgegenstehenden naturschutz-bzw.</p>	<p>für die Windenergie als weiches Tabukriterium angewandt, insofern kann eine Überschneidung ausgeschlossen werden. Nach der Einarbeitung des neuen Windatlas entfallen die genannten Potenzialflächen.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Es ist eine bauliche Erweiterung des Kiosks und ein Stellplatz für Wohnmobile geplant. Die bauliche Entwicklung wird also im Bereich des bestehenden Gebäudes stattfinden und sich so nur auf einen kleinen Bereich des südlichen Seeufers konzentrieren. Die übrigen Uferbereiche bleiben davon unberührt. Die Regelung touristischer Aktivitäten ist nicht Gegenstand der Flächennutzungsplanung. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Sonderbaufläche wird verkleinert.</p> <p>Der Artenschutz wird im Rahmen des FNP zunächst überschlägig geprüft. Die Erfüllung von Verbotstatbeständen zeichnet sich derzeit nicht ab. Vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchungen werden auf Ebene der Bebauungsplanung durchgeführt.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	artenschutzrechtlichen Regelungen als dauerhaftes rechtliches Hindernis erweisen. Wirksam ist der FNP hingegen, wenn für die geplante bauliche Nutzung die Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung von diesen Bestimmungen rechtlich möglich ist, weil objektiv eine Ausnahme- oder Befreiungslage gegeben ist und einer Überwindung der naturschutz- bzw. artenschutzrechtlichen Verbotsregelung auch sonst nichts entgegensteht.	
2.5 Abt. Denkmalpflege	<p>Von o.g. Verfahren sind sowohl Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege als auch Belange der archäologischen Denkmalpflege betroffen.</p> <p><u>Bau- und Kunstdenkmalpflege:</u>  Von der Änderung des Flächennutzungsplanes sind im Geltungsbereich die folgenden Kulturdenkmale betroffen:</p> <p>Standort K6: Dischingen-Katzenstein, Erweiterung Gastronomie  Wir verweisen auf unsere Stellungnahme zu dem parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanverfahren vom 23.08.2018. In Bezug auf Kapitel 5.3 muss festgehalten werden, dass für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter eine sehr hohe Beeinträchtigung zu befürchten ist.  (Anlage: Gesamtstellungnahme des RP-Stuttgart zum Bebauungsplanverfahren vom 23.08.2018; siehe Originalstellungnahme)</p> <p><u>Archäologische Denkmalpflege:</u></p> <p><b>Dischingen – GB „Egauschule“</b>  Die Gemeindebedarfsfläche umfasst Teile des Kulturdenkmals gem. § 2 DSchG „Siedlung vermutlich der römischen Kaiserzeit“. Luftbilder aus dem Jahr 1992 gaben einen ungefähr quadratischen Gebäudegrundriss zu erkennen, der durch die Schulneubauten der jüngeren Vergangenheit zerstört wurde. In seinem unmittelbaren Umfeld bleibt dennoch mit zugehörigen Siedlungsspuren zu rechnen. An dem Erhalt des archäologischen Kulturdenkmals besteht ein öffentliches Interesse.  Kartenausschnitt: Ausdehnung Denkmal (siehe Originalstellungnahme)</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Bedenken wurden bereits bei einem Vor-Ort-Termin geklärt, der detaillierte Umgang mit den Bedenken und Anregungen wird im Bebauungsplan vertieft dargestellt, auf den hier verwiesen wird.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in Begründung und Umweltbericht aufgenommen.</p>

	<p><b>Dischingen-Frickingen-Katzenstein – M (K3A)</b>  Die Mischbaufläche umfasst Teile der archäologischen Verdachtsfläche „Mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Burgweiler Katzenstein“ (Prüffall, 7M).  Archäologische Funde und Befunde denen die Eigenschaft von Kulturdenkmalen gem. § 2 DSchG zukommen kann sind innerhalb der ausgewiesenen Areale grundsätzlich nicht auszuschließen bzw. zu erwarten. Bei baulichen Maßnahmen ist eine weitere Beteiligung der archäologischen Denkmalpflege erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass archäologische Untersuchungen und Ausgrabungen erforderlich werden können, die ggf. vom Vorhabenträger zu finanzieren sind.  Kartenausschnitt: Ausdehnung Denkmal (siehe Originalstellungnahme)</p> <p><b>Dischingen-Frickingen-Katzenstein – M „Erweiterung Gastronomie“ (K6)</b>  Die Planfläche grenzt unmittelbar an die ausgewiesenen Kulturdenkmale „Burg Katzenstein“ (Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG, Nr. 2M) und „Urnenfelderzeitliche und vorgeschichtliche Siedlung(en)“ (Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG, Nr. 11).  Archäologische Funde und Befunde sind auch im Umfeld der ausgewiesenen Kulturdenkmale grundsätzlich nicht auszuschließen. Wir verweisen daher ausdrücklich auf die Regelungen der §§ 20 und 27 DSchG:  Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in Begründung und Umweltbericht aufgenommen.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Kartenausschnitt: Ausdehnung Denkmal (siehe Originalstellungnahme)</p> <p><b>Dischingen– Konzentrationszone für Windkraftanlagen</b>          Innerhalb der ausgewiesenen Konzentrationszone bestehen bereits 5 Windenergieanlagen. Der Geltungsbereich berührt Teile des Kulturdenkmals „Grabhügelfeld vorgeschichtlicher Zeitstellung“ (Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG, Nr. 3). Bedenken hinsichtlich der Planungen konnten nach einer Umplanung zurückgestellt werden. Weiterhin ist im Bereich des Waldes „Ohrberg“ historischer Bergbau nachgewiesen, der in seiner räumlichen Ausdehnung gegenwärtig nicht genauer festzulegen ist. Bei Bodeneingriffen innerhalb des bezeichneten Waldbereichs ist mit archäologischen Funden und Befunden, Kulturdenkmalen gem. § 2 DSchG, zu rechnen. Bei weiteren Planungen innerhalb der ausgewiesenen Fläche ist eine erneute Beteiligung der archäologischen Denkmalpflege erforderlich. Wir weisen darauf hin, dass sofern eine Umplanung nicht möglich ist, archäologische Voruntersuchungen und ggf. Ausgrabungen erforderlich werden können, die vom Vorhabenträger zu finanzieren sind.          Kartenausschnitt: Ausdehnung Denkmal (siehe Originalstellungnahme)</p>	<p>Weitere Eingriffe sind nicht geplant, die Abteilung Denkmalpflege des Regierungspräsidiums Stuttgart wird bei weiteren Planungen grundsätzlich beteiligt.  <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in Begründung und Umweltbericht aufgenommen.</p>
2.6 Allgemeine Hinweise	<p>Wir bitten künftig - soweit nicht bereits geschehen - um Beachtung des Erlasses zur Koordination in Bauleitplanverfahren vom <b>10.02.2017</b> mit <b>jeweils aktuellem Formblatt</b> (abrufbar unter <a href="https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Bauen/Bauleitplanung/Seiten/default.aspx">https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Bauen/Bauleitplanung/Seiten/default.aspx</a>). Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung davon - zusätzlich in digitalisierter Form - im Originalmaßstab zugehen zu lassen.          Wir bitten darum, am weiteren Verfahren beteiligt zu werden.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
3 Regionalverband Ostwürttemberg (Schreiben vom 29.07.2019)		
3.1 Beschluss	<p>Bei der Flächennutzungsplan-Fortschreibung sind im Hinblick auf einzelne Flächenfestsetzungen Schutzbedürftige Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz (PS 3.2.2 (G)) sowie Schutzbedürftige Bereiche für die Erholung (PS 3.2.4.1 (Z)) zu beachten.</p> <p>Im Flächennutzungsplan-Entwurf fehlt eine Darstellung des Vorranggebiets zur Sicherung von Rohstoffen PS 3.5.2 (Z).</p> <p>Die betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind im weiteren Verfahren der Flächennutzungsplanfortschreibung zu berücksichtigen. Es ist darzulegen, wie mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung umgegangen wird.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Das Vorranggebiet wird nachrichtlich in die Planung aufgenommen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Umgang mit Zielen und Grundsätzen der Raumordnung wird in der Begründung ergänzt.</p>
3.2 Sachverhalt	<p>Die Gemeinde Dischingen plant die Fortschreibung des rechtskräftigen Flächennutzungsplans 2020. Es werden neue Planflächen für Wohnen und Gewerbe im Umfang von 29 ha (Wohnen: 10,8 ha; Gewerbe: 18,2 ha), neue Planflächen, für die bereits Bauleitplanverfahren abgeschlossen worden sind und Korrekturen durch Bebauungspläne in den Flächennutzungsplan aufgenommen. Flächen, die nicht mehr benötigt werden, werden im Umfang von 11,3 ha aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen. (vgl. Abb. 1)</p>	Kenntnisnahme
3.3 Grundlagen	<p>Dischingen ist Kleinzentrum im ländlichen Raum i.e.S. Laut Gemeinde ist die Einwohnerzahl seit 2009 im Rahmen eines gewissen Schwankungsbereiches konstant (2009: 4.307 Einwohner; 2018: 4.332 Einwohner). Die Bevölkerungsvorausrechnung des StaLA besagt, dass in 15 Jahren (Laufzeit des Flächennutzungsplans) eine Einwohnerzahl von 4.257 in der Hauptvariante zu erwarten ist (unterer Rand: 3.849 Einwohner, oberer Rand: 4.609 Einwohner). Die Belegungsdichte nahm nach Angaben des Statistischen Landesamts von 2,4 Einwohner/Wohneinheit im Jahr 2004 auf 2,2 Einwohner/Wohneinheit im Jahr 2017 ab. Die</p>	Kenntnisnahme

	<p>Wohnfläche pro Einwohner stieg von 2015 bis 2019 um 9,1 m<sup>2</sup> je Einwohner. Als eine Ursache für den Bedarf an Bauplätzen in Dischingen wird die Zunahme der Bevölkerung im Alter von 25 bis 40 genannt. Diese Altersgruppe ist in Dischingen mit ca. 17 % vertreten. Außerdem spielen die große Anzahl an Einpendler eine Rolle beim Wohnbau-Flächenbedarf. Eine Abfrage durch die Gemeinde Dischingen bei den ansässigen Betrieben ergab eine Einpendlerzahl von 966 im Jahr 2018. 2018 gab es 1.282 Auspendler.</p> <p>-Abb.1: „Planflächen des FNP 2030 von Dischingen“, siehe Originalstellungnahme-</p>	
3.4 Flächenbedarf		
3.4.1 Flächenbedarf Wohnbauflächen	<p>In der Gemeinde Dischingen stehen insgesamt 11,1 ha Innenentwicklungspotenzial und 17 ha Flächenreserven im Außenbereich zur Verfügung, die im derzeitigen Flächennutzungsplan ausgewiesen sind. Lt. Begründung zur Flächennutzungsplanfortschreibung (S. 7) besteht folgendes Innenentwicklungspotenzial:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 1,6 ha Innenentwicklung Wohnbauflächen</li> <li>• 5,3 ha Baulücken Wohnbauflächen</li> <li>• 1,9 ha Innenentwicklung Mischbaufläche (50%)</li> <li>• 2,3 ha Baulücken Mischbaufläche (50%)</li> </ul> <p>Es wird nur die Hälfte der Innenentwicklungspotenziale der Mischbauflächen aufgeführt, da hier auch andere Nutzungen als Wohnen möglich sind. Abzüglich der durch mangelnde Verkaufsbereitschaft der Grundstückseigentümer nicht zur Verfügung stehenden Flächen ergebe sich ein Innenentwicklungspotenzial von insgesamt 5,6 ha. Innerhalb des rechtskräftigen Flächennutzungsplans bestünden noch 17 ha Außenreserven.</p> <p>Der Wohnbauflächenbedarf wurde durch die Gemeinde Dischingen nach dem Hinweispapier „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs. 2 BauGB“ des Landes berechnet. Die Berechnungen stützen sich auf die</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Das genannte Innenentwicklungspotenzial ist der übliche Ansatz, bei dem von einer 50%-igen Aktivierungsquote ausgegangen wird. Das tatsächliche Innenpotenzial ist jedoch geringer und wurde u.a. durch eine Umfrage bei den Eigentümern ermittelt.</p> <p>Dabei handelt es sich um die Darstellung der Bandbreite der möglichen Entwicklungen.</p>



der Begründung)

Ortsteil	Einwohner (EW)	Auflockerungsbedarf (EZ <sub>1</sub> ) in ha	Bedarf durch Einpender (EZ <sub>2</sub> ) in ha	abzüglich Zahl der Baulücken	zur Verfügung stehende Fläche (0,08 ha je Baulücke)	Gesamt- bedarf in ha
Ballmertshofen	399	0,40	0,09	5	0,40	0,09
Demmingen	432	0,43	0,04	1	0,08	0,39
Dischingen	1770	1,77	4,98	5	0,40	6,35
Dunstelkingen	495	0,50	0,49	0	0,00	0,99
Eglingen	591	0,59	1,56	0	0,00	2,15
Frickingen mit Katzenstein	480	0,48	1,38	7	0,56	1,3
Trugenhofen	165	0,17	0,04	0	0,00	0,21
Dischingen gesamt	<b>4332</b>	<b>4,34</b>	<b>8,58</b>	<b>18</b>	<b>1,44</b>	<b>11,48</b>

Tabelle: Wohnbauflächenbedarf insgesamt  
(Auflockerungsbedarf EZ<sub>1</sub>= EW\*0,003\*15)/45 EW/ha

Im derzeitigen rechtskräftigen Flächennutzungsplan werden Wohnbauflächen im Umfang von 22,1 ha dargestellt (vgl. S. 18 der Begründung). Diese Fläche überschreitet den oben berechneten Bedarf bis 2030, weshalb nicht alle Wohnbauflächen beibehalten werden. Es entfallen 2,6 ha. Im neuen Flächennutzungsplan- Entwurf werden 10,8 ha Wohnbauflächen ausgewiesen, die sich aus 8,5 ha reine Wohnbauflächen und 50% der Mischbauflächen (4,6 ha / 2 = 2,3 ha) zusammensetzen (vgl. S. 40 der Begründung).

Kenntnisnahme

#### 3.4.2 Flächenbedarf Gewerbeflächen

Die Gemeinde Dischingen besitzt keine Brach-, Konversions- oder Altlastenflächen, die einer gewerblichen Nachnutzung zugeführt werden können. Aufgrund der kleinflächigen innerörtlichen Potenziale wird der Bedarf nur über Außenentwicklung zu decken sein.

Zwischen den Jahren 2008 und 2019 wurden ca. 9 ha gewerbliche Vorhaben realisiert. Auf 15 Jahre hochgerechnet würde dies einen Bedarf von ca. 13,5 ha bedeuten. Ein konkreter Flächenbedarf ergibt sich aus den geplanten Betriebserweiterungen bestehender Firmen, der ca. **15,9 ha** beträgt. Ansiedlungswünsche neuer Betriebe bleiben unberücksichtigt.

Kenntnisnahme

Kenntnisnahme



	Anders als bei den Wohnbauflächen ist bei den gewerblichen Flächen eine Vergrößerung um 8,7 ha der Flächen des rechtskräftigen Flächennutzungsplans notwendig. Im neuen Flächennutzungsplan-Entwurf werden <b>18,2 ha</b> Gewerbeflächen ausgewiesen, die sich aus 15,9 ha reine gewerbliche Flächen und 50% der Mischbauflächen zusammensetzen (vgl. S. 41 der Begründung).	Kenntnisnahme
3.5 Flächen für Windenergie	Mit der Flächennutzungsplanfortschreibung sollen Flächen für eine geordnete, städtebaulich und sozial verträgliche Windkraftnutzung ausgewiesen werden. Es wird eine Konzentrationszone für die Errichtung von Windkraftanlagen entsprechend dem Vorranggebiet für Windenergie aus der Regionalplan-Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ (PS 4.2.3.1) in Dischingen dargestellt.	Kenntnisnahme
3.6 Regionalplanerische Festsetzungen	<p>Die neue Wohnbaufläche B1B „Herlsbühl“ in Ballmertshofen liegt innerhalb eines Schutzbedürftigen Bereichs für Landwirtschaft und Bodenschutz (PS 3.2.2 des Regionalplans 2010) und steht deshalb einem Grundsatz der Raumordnung entgegen. In der Stellungnahme des Regionalverbands vom 16.10.2015 wurde bereits die Betroffenheit des Schutzbedürftigen Bereiches für Landwirtschaft und Bodenschutz durch die Fläche E5B „Schrai-Erweiterung Nord“ angemerkt.</p> <p>Die neue Sonderbaufläche SO1 „Härtfeldsee“ in Katzenstein, in der Freizeitnutzungen intensiviert werden sollen, liegt innerhalb eines Schutzbedürftigen Bereichs für Landwirtschaft und Bodenschutz (PS 3.2.2 des Regionalplans 2010) und innerhalb eines Schutzbedürftigen Bereichs für die Erholung (PS 3.2.4 des Regionalplans 2010). Abbildung: Lage der Sonderbaufläche „Härtfeldsee“ in der Raumnutzungskarte (Daten- und Kartengrundlage: Regionalplan 2010), siehe Originalstellungnahme-</p> <p><b>PS 3.2.2.1 (G) Schutzbedürftige Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz</b> <i>Die aufgrund ihrer natürlichen Eignung für die landwirtschaftliche Nutzung und als Filter und Puffer sowie als</i></p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der schutzbedürftigen Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz wird in der Begründung noch ausgeführt.</p> <p>Die Gebietsausweisung dient der Stärkung der Erholungsfunktion im Gebiet, insofern besteht kein Konflikt mit dem regionalplanerischen Vorranggebiet. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in der Begründung noch erläutert.</p> <p>Der Wortlaut der hier zitierten Ziele und Grundsätze des Regionalplans ist bereits in der</p>



	<i>Abbau von oberflächennahen Rohstoffen selbst. Ausnahmen sind im Einzelfall möglich, wenn am Abbaustandort keine zumutbaren Alternativen in den zugehörigen Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe mehr vorhanden sind. Die Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen sind in Tabelle 1 und in der Raumnutzungskarte festgelegt.</i>	
3.7 Bewertung	<p>Eine umfängliche Darstellung des Bedarfs an Wohnbauflächen in der Begründung ist vorhanden. In der Methodik wird nicht auf den korrekt ermittelten relativen Bedarf an Wohnbauflächen eingegangen, sondern mit dem Auflockerungsbedarf, der aus dem Belegungsdichterückgang entsteht, weitergerechnet. Eine Begründung für dieses Vorgehen sollte dargestellt werden.</p> <p>Die konkrete Anwendung der obersten Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des StaLA für Dischingen sollte erläutert werden.</p> <p>Zum anderen werden vom Wohnbauflächenbedarf nur 1,44 ha (18 Baulücken je 0,08 ha) Innenentwicklungspotenzial abgezogen, obwohl auf Seite 7 der Begründung zur Verfügung stehende Innenentwicklungspotenziale von 5,6 ha dargestellt werden. Der Regionalverband weist darauf hin, dass diese Darstellung überprüft werden sollte.</p> <p>Die Flächen B1B „Herlsbühl“ in Ballmertshofen und SO1 „Härtsfeldsee“ bei Katzenstein liegen innerhalb eines Schutzbedürftigen Bereichs für Landwirtschaft und Bodenschutz und stehen deshalb einem Grundsatz der Raumordnung entgegen. Grundsätze der Raumordnung stehen der kommunalen Abwägung offen. Die Begründung der notwendigen Inanspruchnahme des Schutzbedürftigen Bereichs für Landwirtschaft und Bodenschutz durch die Gewerbefläche E5B „Schrai-Erweiterung Nord“ in Eglingen (S.30 der Begründung) sollte vertieft werden.</p> <p>Die Sonderbaufläche SO1 „Härtsfeldsee“ liegt des Weiteren innerhalb eines Schutzbedürftigen Bereichs für die Erholung. Die Vereinbarkeit dieser Sonderbaufläche mit dem Ziel der Raumordnung sollte begründet werden. Nach §1 Abs. 4 BauGB</p>	<p>Der Auflockerungsbedarf ist identisch mit der Bezeichnung EZ1 aus dem Hinweispapier und wird bereits erklärt.</p> <p>Der obere Rand des Korridors wurde lediglich beispielhaft dargestellt.</p> <p>Das Potenzial auf gemeindeeigenen Flächen ist gering und wird noch in Abzug gebracht.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der schutzbedürftigen Bereiche für Landwirtschaft und Bodenschutz wird in der Begründung noch ausgeführt.</p> <p>Die Gebietsausweisung dient der Stärkung der Erholungsfunktion im Gebiet, insofern besteht kein Konflikt mit dem regionalplanerischen Vorranggebiet.</p>

	<p>sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen.</p> <p>Nach §1 Abs. 6 Nr. 8 BauGB sind im Flächennutzungsplan die Rohstoffvorkommen zu berücksichtigen. Im Flächennutzungsplan-Entwurf ist deshalb das Ziel der Sicherung von Rohstoffen als Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen bei Hofen aufzunehmen.</p> <p>Die betroffenen Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind im weiteren Verfahren der Flächennutzungsplanfortschreibung zu berücksichtigen. Es ist darzulegen, wie mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung umgegangen wird.</p> <p>Fälschlicher Weise wird auf Seite 10 der Begründung für die Gemeinde Dischingen eine Mindestbruttowohndichte von 50 Einwohnern/Hektar angegeben, die der Regionalplan Ostwürttemberg der Gemeinde zuweise. Der Regionalverband Ostwürttemberg sieht für Dischingen als Kleinzentrum im ländlichen Raum i.e.S. allerdings eine Mindestbruttowohndichte von 45 Einwohnern/Hektar als Richtwert vor.</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in der Begründung noch erläutert.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Das Vorranggebiet wird nachrichtlich in die Planzeichnung aufgenommen. Der Wortlaut des regionalplanerischen Ziels wird nachrichtlich in die Begründung aufgenommen (Kap. 1.2.3).</p> <p>s. oben</p> <p>In den Berechnungen werden durchweg 45/ha angenommen, wird redaktionell korrigiert.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
4 Regierungspräsidium Freiburg (LGRB) (Schreiben vom 24.06.2019)		
4.1 Geotechnik	<p>Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können unter <a href="http://maps.lgrb-bw.de/">http://maps.lgrb-bw.de/</a> abgerufen werden.</p> <p>Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (z. B. Bebauungspläne) beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - für Kommunen und alle übrigen Träger Öffentlicher Belange gebührenfreier - Registrierung, unter <a href="http://geogefahren.lgrb-bw.de/">http://geogefahren.lgrb-bw.de/</a> abgerufen werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
4.2 Boden	<p>Zum geplanten Friedwald „Griesberg“ auf der Gemarkung Eglingen wird auf Folgendes hingewiesen:</p> <p>Urnen sind im Boden auf mindestens 80 cm Tiefe beizusetzen, so dass sie anschließend mit mindestens 50 cm Bodenmaterial überdeckt werden können.</p> <p>Die Böden im geplanten Friedwald erfüllen möglicherweise nicht überall diese Vorgabe. In der Bodenkarte 1: 50.000 (BK50) sind dazu zwei vorwiegend flachgründige Kartiereinheiten ausgewiesen: o6 Rendzina aus Kalkstein und o9 Braune Rendzina, Braunerde- Rendzina, Rendzina und Terra fusca-Rendzina aus geringmächtiger lösslehmhaltiger Fließerde über Kalkstein. Die beiden anderen Kartiereinheiten sind möglicherweise aufgrund ihres hohen Tongehaltes nur schwer grabbar: oSx1 Pelosol-Pseudogley aus geringmächtiger lösslehmhaltiger Fließerde auf tonigem Material der Bunten Brekzie und oDx1</p>	<p>Wird im Zuge der weiteren Planung für den Friedwald geklärt. Aufgrund der Größe des Friedwaldes wird jedoch erwartet, dass genügend Bereiche mit einer ausreichenden Tiefgründigkeit des Bodens vorhanden sind.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Hinweis des LGRB wird in die Begründung aufgenommen.</p>

	<p>Pelosol, Pseudogley- Pelosol und Pseudogley-Braunerde-Pelosol aus toniger Fließerde über Gesteinsmaterial der Bunten Brekzie. Bei den beiden zuletzt genannten Kartiereinheiten kommt im Falle einer Pseudovergleyung eine erhöhte Gefahr des Windwurfes hinzu. Da sich aus den vorliegenden, und auf unserem Kartenviewer unter <a href="http://maps.lgrb-bw.de/">http://maps.lgrb-bw.de/</a> frei zugänglichen Bodenkarten keine uneingeschränkte Eignung der vorgesehenen Friedhofsfläche für Urnenbestattungen ableiten lässt, wird die Einholung eines bodenkundlichen Friedhofsgutachtens von einem bodenkundlichen Fachbüro empfohlen.</p> <p>Darüber hinaus sind zur Flächennutzungsplanfortschreibung aus bodenkundlicher Sicht keine weiteren Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	Kenntnisnahme
4.3 Mineralische Rohstoffe	<p>Das Gewerbegebiet „Schrai“ am Ostrand von Eglingen liegt auf einem nachgewiesenen Rohstoffvorkommen von Suevit. Dieses Gestein wird in der Region Ostwürttemberg als Rohstoff zur Herstellung von Portlandpuzzolanzement (Traßzement) eingesetzt. Dieses Rohstoffvorkommen ist auf der vom LGRB bearbeiteten Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg, Blatt L 7326/L 7328 Heidenheim an der Brenz/Höchstädt an der Donau, und in der dazugehörigen Vorkommensbeschreibung rohstoffgeologisch beschrieben (Vorkommens-Nr. L 7326/L 7328-32). Sofern bei Bauvorhaben im Gewerbegebiet Suevit in größeren Mengen als Aushubmaterial anfällt, sollte das Gestein einer Verwendung als Zementrohstoff zugeführt werden.</p> <p>Das Rohstoffvorkommen L 7326/L 7328-32 und die dazugehörige Vorkommensbeschreibung können</p>	<p>Ein Abbau von Suevit unmittelbar am Eglinger Ortsrand ist nicht denkbar. Auf Dischinger Gemeindegebiet liegt ein regionalplanerisches Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Falls tatsächlich Suevit als Aushubmaterial anfällt steht der Verwendung als Rohstoff aus Sicht der Bauleitplanung nichts entgegen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Hinweis des LGRB wird in die Begründung aufgenommen</p>

	<p>über den LGRB-Geodatendienst (LGRB-Kartenviewer, <a href="http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb_kmr">http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb_kmr</a>) visualisiert werden [Thema: „KMR 50: Rohstoffvorkommen“; Visualisierung – und ggf. Ausdruck – der Vorkommensbeschreibung durch Nutzung des Info-Buttons beim Thema „KMR 50: Rohstoffvorkommen“].</p> <p>Erforderlichenfalls können die thematischen Geodaten der KMR 50 – wie auch andere Geodaten des Themenbereiches Rohstoffgeologie - auch als WMS-Dienst registrierungs und kostenfrei in die eigene GIS-Umgebung eingebunden werden (<a href="https://produkte.lgrb-bw.de/catalog/list/?wm_group_id=20000">https://produkte.lgrb-bw.de/catalog/list/?wm_group_id=20000</a>)</p> <p>Ergänzend wird auf die Ausführungen unter <a href="http://www.lgrb-bw.de/informationssysteme/neuigkeiten">http://www.lgrb-bw.de/informationssysteme/neuigkeiten</a> und die Hinweise in den LGRB-Nachrichten 07/2016 und 04/2018 verwiesen (<a href="http://www.lgrb-bw.de/aktuell/lgrb_nachrichten/index_html">http://www.lgrb-bw.de/aktuell/lgrb_nachrichten/index_html</a>).</p>	
4.4 Grundwasser	<p>In den Antragsunterlagen wird zutreffend aufgeführt, dass die Planflächen in Eglingen (E1, E2, E3, E4, E5B, E6, FW) innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebietes für den Tiefbrunnen Demmingen (WSG-Nr.: 135-201) liegen.</p> <p>Ebenso liegen die Planflächen in Dunstelkingen (DU1, DU3 und DU5) innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebietes für den Tiefbrunnen Demmingen.</p> <p>In den Antragsunterlagen wird zutreffend aufgeführt, dass die Planflächen in Katzenstein (K1, K2, K3A, K4, K6) und Dischingen (D1a, D1b, D2, D4, WEA, SO) innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebietes der Wasserfassungen im Egautal (WSG-Nr.: 135-002) liegen.</p> <p>Ebenso liegen auch die Planflächen in</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Hinweis auf die Lage im</p>

	<p>Iggenhausen (I1a und I1b) innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebietes der Wasserfassungen im Egautal.</p> <p>Auf die Bestimmungen der Rechtsverordnung zum Wasserschutzgebiet bzw. potentielle Gefährdungen für das Grundwasser in Schutzgebietszonen (DVGW, Technische Regel, Arbeitsblatt W101, Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete, 2006) wird hingewiesen.</p> <p>Für den Bau der Windkraftanlage auf der Fläche WEA in Dischingen in Schutzzone III des Wasserschutzgebietes der Wasserfassungen im Egautal (WSG-Nr.: 135-002) ist aus hydrogeologischer Sicht zu prüfen, ob durch Eingriffe in den Untergrund (Bau der Fundamente, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen werden wassergefährdende Stoffe eingesetzt (insbesondere Hydrauliköl, Schmieröl, Schmierfett und Transformatorenöl). Von daher ist für konkrete Standorte auch sicherzustellen, dass es hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität und Grundwasserquantität kommt (Hinweis: Die letzten drei Abschnitte wurden bereits unter Ziffer A.6.2 in die Begründung zur Flächennutzungsplanfortschreibung, Stand 08.04.2019, übernommen).</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus hydrogeologischer Sicht keine weiteren Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	<p>Wasserschutzgebiet wird ergänzt</p> <p>Der Hinweis wurde bereits in die Begründung übernommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
4.5 Bergbau	Gegen die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.	Kenntnisnahme



4.6 Geotopschutz	Im Bereich der Planflächen sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Kenntnisnahme
4.7 Allgemeine Hinweise	Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB ( <a href="http://www.lgrb-bw.de">http://www.lgrb-bw.de</a> ) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse <a href="http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope">http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope</a> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop- Kataster) abgerufen werden kann.	Kenntnisnahme

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
5 Regierungspräsidium Tübingen, Landesbetrieb Forst BW (Schreiben vom 16.09.2019)		
	<p>0. <u>Vorbemerkungen:</u> Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass sich unsere nachfolgende Stellungnahme ausschließlich auf die Änderungsbereiche und deren direkt angrenzenden Bereiche der o.g. FNP-Fortschreibung beziehen. Zu sonstigen/weiteren Darstellungen im FNP erfolgt keine Stellungnahme.</p> <p>1. <u>Änderungsbereich mit Betroffenheit forstlicher Belange:</u></p> <p><b>a. Ballmertshofen: Bebauungsplan „Herlsbühl“:</b> Innerhalb der geplanten FNP-Änderungsfläche befinden sich Wald nach § 2 LWaldG auf den Flurstücken Nr. 194 und 195, Gemarkung Ballmertshofen (Waldeigentümer: Gemeinde Ballmertshofen). Laut Planunterlagen besteht für eine Teilfläche des o.g. FNP-Änderungsbereiches bereits ein</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Bebauungsplan ist bereits rechtskräftig, daher wurde diese Fläche in der Flächennutzungsplanfortschreibung entsprechend dem Bestand angepasst. Die angesprochene Grünfläche beansprucht keinen Wald. Die geplante neue Grünfläche nördlich der Fläche B1B wird entsprechend der vorliegenden Walddaten (die von der Forstverwaltung kartierten Waldflächen im Sinne des § 2</p>

	<p>rechtskräftiger Bebauungsplan, zu dem in der jetzigen FNP-Änderung nachträglich ein Waldabstand mittels Grünfläche hergestellt werden soll (Änderung der Darstellung von Wald in Grünfläche). Somit sind Waldflächeninanspruchnahmen nach § 9 und 10 LWaldG geplant. Aus den Planunterlagen geht nicht eindeutig hervor, in welchem Umfang (Fläche) Waldinanspruchnahmen geplant sind. Alle Waldflächen, die im FNP mit einer anderweitigen Nutzung (hier: Grünfläche) festgesetzt werden, sind für die Herleitung der Waldinanspruchnahme – Waldumwandlungsverfahren- zu bilanzieren und im Umweltbericht darzulegen. Eine Überarbeitung der FNP-Planunterlagen gemäß Punkt 2 dieser Stellungnahme ist zwingend erforderlich.</p> <p><u>Hinweis:</u> Leider wurde versäumt, die höhere Forstbehörde bei der Aufstellung des (laut FNP-Planunterlagen rechtskräftigen) BBP „Herlsbühl“ zu beteiligen, obwohl forstliche Belange (Waldabstand) betroffen sind. Grundsätzliche Aspekte in diesem Zusammenhang müssen daher von der höheren Forstbehörde nachträglich geprüft und gegebenenfalls bereinigt werden. Die höhere Forstbehörde fordert hiermit bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Beteiligung am nachgelagerten BBP-Verfahren „Herlsbühl“ ausdrücklich ein (vgl. u.a. § 8 LWaldG).</p> <p><b>Fazit:</b> Eine forstrechtliche Bewertung des o.g. FNP-Änderungsbereiches ist erst nach Vorlage aussagekräftiger Unterlagen möglich. Um entsprechende Überarbeitung/Ergänzung der Planunterlagen gemäß Punkt 2 wird gebeten.</p>	<p>LWaldG) des RP Tübingen, Landesbetrieb Forst BW, an die Waldfläche angepasst, so dass keine Waldflächeninanspruchnahme mehr erforderlich ist.</p> <p>Das Landratsamt und damit die untere Forstbehörde wurden am Verfahren beteiligt. <u>Beschlussvorschlag:</u> Alle bestehenden Waldflächen werden im Flächennutzungsplan als solche dargestellt.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Waldflächen werden entsprechend den Abgrenzungen der Forstbehörden geändert. Es erfolgt keine Waldflächeninanspruchnahme mehr.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p><b>b. Sonderbaufläche SO Härtsfeldsee:</b> Laut der vorliegenden Planunterlagen soll bei dieser FNP-Änderung im Uferbereich des Härtsfeldsees eine Sonderbaufläche ausgewiesen werden, um die touristische Nutzung zu intensivieren.</p> <p>Die höhere Forstbehörde weist darauf hin, dass sich auf den Flurstücken Nr. 1853, 1854 und 1867 (Gemarkung Dischingen) Wald gemäß § 2 LWaldG befindet, der im FNP 2020 bereits nicht korrekt als „Wald“ dargestellt ist.</p> <p>Der o.g. Änderungsbereich der geplanten Sonderbaufläche beinhaltet somit Waldflächen gemäß § 2 LWaldG auf den Flurstücken Nr. 1853, 1854 und 1867 (Gemarkung Dischingen), die sich im Eigentum der Gemeinde Dischingen und des Wasserverbandes Egau befinden. Somit sind Waldflächeninanspruchnahmen nach § 9 und 10 LWaldG in diesem Bereich geplant. Alle Waldflächen, die im FNP mit einer anderweitigen Nutzung (hier: Sonderbaufläche) festgesetzt werden sollen, sind für die Herleitung der Waldinanspruchnahme – Waldumwandlungsverfahren- zu bilanzieren und im Umweltbericht darzulegen.</p> <p>Die innerhalb des geplanten Änderungsbereiches gelegenen Waldflächen sind nach der Waldfunktionenkartierung gemäß LWaldG vollständig als Erholungswald der Stufe 1b und in Teilen als Bodenschutzwald ausgewiesen.</p> <p>Ebenfalls liegen die nach LWaldG ausgewiesenen Waldbiotop „Wald beim Härtsfeld N Dischingen“</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Flächen werden fortan in ihrem korrekten Umfang dargestellt. Hinweis: Der Wald im südöstlichen Bereich des Flurstücks 1853 ist kein Wald gemäß §2 LWaldG. Dort befindet sich ein Offenlandbiotop (Magerrasen mit Feldgehölzen und Gebüsch am Härtsfeldsee).</p> <p>Das Flurstück 1854 überschneidet sich <u>nicht</u> mit der Sonderbaufläche. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die geplante Sonderbaufläche wird um den Bereich des Waldes verkleinert, sodass kein Wald mehr direkt betroffen ist.</p> <p>Die geplante Sonderbaufläche dient ebenfalls der Erholung. Der Bodenschutzwald ist mit der Herausnahme der Waldflächen nicht mehr tangiert. <u>Beschlussvorschlag:</u> In den Umweltbericht wird ein Hinweis auf die Funktionen der genannten benachbarten Waldflächen aufgenommen.</p> <p>Es handelt sich um nur ein Waldbiotop. Mit der Herausnahme der Waldflächen aus der Sonderbaufläche kann davon</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>auf den Flurstücken Nr. 1853, 1854 und 1867 innerhalb der geplanten Sonderbaufläche und es verläuft ein Hauptabfuhrweg für Holzabfuhr mittels LKW (sog. „Geodatweg“) mitten durch die geplante Sonderbaufläche.</p> <p>Ein Teilbereich des Gemeindewaldes Dischingen ist als Waldrefugium nach dem AuT-Konzept ausgewiesen.</p> <p>Der gesamte Bereich der Sonderbaufläche liegt des Weiteren innerhalb des FFH-Gebietes „Härtfeld“.</p> <p>Die betroffenen Waldflächen sind daher als besonders schützens- und erhaltenswert einzuschätzen und zu bewerten.</p> <p><b>Fazit:</b> Die höhere Forstbehörde fordert die korrekte Abbildung der Waldflächen auf den Flurstücken Nr. 1853, 1854 und 1867 als „Fläche für Wald“ gemäß § 5 BauGB im FNP.</p> <p>Eine abschließende forstrechtliche Bewertung des o.g. FNP-Änderungsbereiches ist erst nach Vorlage aussagekräftiger Unterlagen möglich. Aufgrund der vorliegenden z.T: großflächigen Betroffenheiten von Waldbiotopen, Waldfunktionen, eines Waldrefugiums und des FFH-Gebietes wird die geplante Ausweisung der Sonderbaufläche aus forstlicher Sicht kritisch gesehen. Die erforderliche forstrechtliche Genehmigungsfähigkeit kann derzeit nicht in Aussicht gestellt werden. Sofern an der FNP-Änderung festgehalten werden soll ist eine Überarbeitung der FNP-Planunterlagen gemäß Punkt 2 dieser Stellungnahme zwingend erforderlich. Um entsprechende Rückmeldung</p>	<p>ausgegangen werden, dass das Biotop nicht mehr betroffen sein wird. Die Nutzung des Weges für die Holzabfuhr wird auch bei der Entwicklung der Sonderbaufläche weiterhin möglich sein. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Nur der nördliche Teil der Sonderbaufläche liegt im FFH-Gebiet.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Flächen werden korrigiert, so dass kein Wald mehr in Anspruch genommen werden muss. Weitere Abstimmungen werden im Rahmen der nachgelagerten Planung vorgenommen.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>sowie ggf. Überarbeitung/Ergänzung der Planunterlagen gemäß Punkt 2 wird gebeten (v.a. im Hinblick auf die Punkte Bedarfsbegründung und Alternativenprüfung).</p> <p><b>c. Demmingen, Friedwald:</b>  Auf insgesamt 41,5 ha soll im Bereich der Flurstücke Nr. 964 und 966 auf Gemarkung Eglingen (Waldbesitzer: Forstbetrieb Ebnet GmbH) eine überlagernde Darstellung Wald mit Friedwald im FNP erfolgen.</p> <p>Die höhere Forstbehörde weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass eine überlagernde Darstellung „Wald“ mit der Bestattungsform „Friedwald“ nur im Einklang mit dem LWaldG zu sehen ist, wenn auf jegliche Umfriedung verzichtet wird und keine zusätzlichen bauliche Anlagen oder Neubauten/Ausbauten bestehender Parkmöglichkeiten geplant sind. Ansonsten wäre nach § 9 LWaldG eine Waldumwandlungsgenehmigung erforderlich (siehe Stellungnahme vom 04.11.2014 und den gesetzlichen Grundlagen unter Punkt 2).</p> <p>Ein entsprechendes „Bewirtschaftungskonzept“ des Friedwaldes ist nachzureichen. Daraus muss eindeutig hervorgehen, ob es sich um eine Nutzung nach Art eines „Friedwaldes“ handeln soll oder ob weitere Eingriffe (wie beispielsweise Umfriedung, Ausbau der Wege, Parkplatz oder sonstige bauliche Einrichtungen) geplant sind.</p> <p><u>Hinweis:</u>  Falls eine anderweitige Nutzung als die nach Art eines „Friedwaldes“ geplant ist oder eine Umfriedung oder sonstige flächige Änderungen geplant sind, kommt dies nach LWaldG einer Waldumwandlung gleich. Eine überlagernde</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Wird als Hinweis für die nachgelagerte Planung in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Ein Bewirtschaftungskonzept kann erst im Rahmen der nachgelagerten Planung erstellt werden. Dies ist nicht Aufgabe des Flächennutzungsplans.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Darstellung im FNP wäre somit nicht mehr möglich und es wäre ein entsprechender Antrag auf Waldumwandlung zu stellen und ggf. eine standortbezogene Vorprüfung gemäß UVPG einzureichen. Darüber hinaus wäre im Vorfeld zu klären, ob das Vorhaben mit den betroffenen Zielen der Raumordnung vereinbar ist.</p> <p>Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass in diesem Fall Ausgleichsmaßnahmen für dauerhafte Waldinanspruchnahmen zumindest flächengleich in Form von Ersatzaufforstungen vorzunehmen sind; gegebenenfalls werden zusätzliche Schutz- und Gestaltungsmaßnahmen festgesetzt. Geeignete Flächen sind im Rahmen des Verfahrens nachzuweisen. Befristet in Anspruch genommene Waldflächen müssen rekultiviert und wiederaufgeforstet werden. Eine forstrechtliche Genehmigung kann zu dem jetzigen Zeitpunkt aufgrund der fehlenden Informationen nicht in Aussicht gestellt werden.</p> <p><b>Fazit:</b></p> <p>Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die geplante überlagernde Darstellung im FNP sofern sichergestellt werden kann, dass es sich wirklich um einen Friedwald im Sinne der o.g. Punkte handelt.</p> <p>Die höhere Forstbehörde bittet für eine abschließende forstliche Beurteilung um Vorlage eines aussagekräftigen Bewirtschaftungskonzeptes des geplanten Friedwaldes.</p> <p><b>d. Ausweisung Windkraftkonzentrationszonen:</b></p> <p>Bereits mit unserer Stellungnahme vom 04.11.2014 hat die höhere Forstbehörde zu der geplanten Konzentrationszone Windkraft ausführlich Stellung genommen, Wir verweisen daher auf ebendiese Stellungnahme und die dort aufgeführten Punkte.</p>	<p>Detailplanungen sind nicht Aufgabe des Flächennutzungsplanes</p> <p>Die Stellungnahme vom 04.11.2014 wurde bereits im Gemeinderat behandelt. Das Gebiet entspricht einem regionalplanerischem Vorranggebiet für die Windenergie. Zudem stehen die Anlagen bereits seit mehreren Jahren. Die Hinweise wurden bei der Genehmigungsplanung beachtet</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>2. <u>Erforderlichkeit der Überarbeitung der FNP-Planunterlagen:</u></p> <p>Folgende Anforderungen werden aus forstlicher Sicht grundsätzlich an weiterführende / zu ergänzende FNP- (und weiterführende BBP-) Unterlagen <b>im Bereich der drei FNP-Änderungsbereiche</b> „BBP Ballmertshofen Herlsbühl“ und „Sonderbaufläche SO Härtsfeldsee“ sowie ggf. des „Friedwald Demmingen“ gestellt:</p> <p>Folgende forstliche Grundlagen sollten berücksichtigt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Waldfläche insgesamt</li> <li>2. Waldfunktionenkartierung (WFK)</li> <li>3. Waldbiotopkartierung</li> <li>4. Waldschutzgebiete (Bann- und Schonwälder)</li> <li>5. Wildtierkorridore nach dem Generalwildwegeplan (Quelle u.a. UVwG, Anlage 2 Ziffer 2.3.12):</li> <li>6. AuT-Konzept der Gemeinde Dischingen</li> </ol> <p>Die Darstellung der Waldfläche sollte auf Basis folgender Informationen vorgenommen werden: Für den gesamten öffentlichen Wald ist die Waldfläche in den Geodaten der sogenannten Forsteinrichtung abgebildet (kleinflächig auch Privatwald). Inhaltlich werden hier die von der Forstverwaltung kartierten Waldflächen im Sinne des § 2 LWaldG erfasst.</p> <p>Die Daten zu den Ziffern 2. bis 5. können Ihnen von der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, Abt. Waldnaturschutz, Wonnhaldestraße 4 in 79100 Freiburg i.Br. (<a href="http://www.fva-bw.de">http://www.fva-bw.de</a>) gegen Abschluss eines Nutzungsvertrages als Geodaten zur Verfügung</p>	<p>und zudem in die Begründung des Flächennutzungsplans übernommen. Keine Änderung veranlasst.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Waldflächen werden wie folgt angepasst.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Waldfläche insgesamt: wird gemäß den Geodaten der Forsteinrichtung korrigiert und anhand von Luftbildern angepasst.</li> <li>2. Auf die Waldfunktionenkartierung wird im Umweltbericht hingewiesen werden.</li> <li>3. Die Waldbiotope werden in der Planzeichnung bereits dargestellt.</li> <li>4. Auf dem Gebiet der Gemeinde liegen keine Waldschutzgebiete.</li> <li>5. Ein Wildtierkorridor tangiert den Norden des Gemeindegebiets, ist aber von den Planungen des FNP nicht betroffen. Dies wird textlich in den Umweltbericht aufgenommen.</li> <li>6. Auf das Alt- und Totholzkonzept der Gemeinde wird im Umweltbericht hingewiesen werden</li> </ol> <p>Kenntnisnahme</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>gestellt werden. Die Daten können auch online bestellt werden: <a href="http://geodaten.fva-bw.de">http://geodaten.fva-bw.de</a>.</p> <p><b>Schutzgüter</b> Die forstlichen Belange sind bei den verschiedenen Schutzgütern darzustellen und zu bewerten.</p> <p><b>Gesetzliche Grundlagen</b> Bei den gesetzlichen Grundlagen sollte das Landeswaldgesetz aufgeführt werden. Die Bauleitplanung ist insbesondere von den Regelungen der §§ 10 und 9 LWaldG betroffen.</p> <p><u>Hintergrund:</u> Werden in einem Bauleitplan (FNP / BBP) für Waldflächen anderweitige Nutzungen (hier: Grünfläche, Sonderbaufläche) dargestellt oder festgesetzt, so ist gemäß § 10 LWaldG die Erteilung einer Umwandlungserklärung durch die höhere Forstbehörde Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit des Bauleitplans. Ein entsprechender Antrag auf Waldumwandlungserklärung (FNP und BBP) ist zu gegebener Zeit über die untere Forstbehörde beim Landratsamt Heidenheim an die höhere Forstbehörde zu stellen. Die Umwandlungserklärung wird durch die höhere Forstbehörde dann erteilt, wenn die Voraussetzungen für eine Umwandlungsgenehmigung nach § 9 LWaldG vorliegen und die Erteilung einer Umwandlungsgenehmigung in Aussicht gestellt werden kann. Gemäß § 9 Abs. 2 LWaldG soll die Genehmigung dann versagt werden, wenn die Umwandlung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht vereinbar ist oder die</p>	<p>Die Bewertung der Schutzgüter erfolgte nach der Vorgabe des Baugesetzbuches</p> <p>Mit der Anpassung der geplanten Gebiete an die Waldflächen ist keine Regelung zur Waldumwandlung mehr erforderlich. Es wurden nur Normen dargestellt, die unmittelbar die Durchführung des Verfahrens regeln. Ggf. werden weitere Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit der Betroffenheit im Text genannt.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



	<p>Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt. Die Zulässigkeit einer eventuellen Zielabweichung ist jeweils vorhabenspezifisch festzustellen.</p> <p><b>Umweltbericht</b>  Im Umweltbericht sind die Umweltauswirkungen der Planungsinhalte auf Umweltverträglichkeit hin zu überprüfen und darzustellen. Somit sind auch eventuelle Waldinanspruchnahmen flächenmäßig zu bilanzieren und darzustellen. Wir empfehlen, ein separates Unterkapitel zum forstrechtlichen Ausgleich vorzusehen. Der forstrechtliche Ausgleich wird insbesondere in der Regel in Form einer flächengleichen Ersatzaufforstung festgesetzt. Weitergehende sogenannte Schutz- und Gestaltungsmaßnahmen können ggf. notwendig sein.  Eine vorläufige Aussage zur Ausgleichsverpflichtung kann nach Überarbeitung der Flächenbilanzierung zur Waldinanspruchnahme im Rahmen einer erneuten Stellungnahme getroffen werden. Die abschließende Ausgleichsverpflichtung wird im Rahmen des Waldumwandlungsverfahrens festgelegt.</p> <p><b>Alternativenprüfung, Flächenminimierung</b>  Waldinanspruchnahmen sind grundsätzlich auf das notwendige Maß zu begrenzen (u.a. §1 LWaldG, §1a BauGB). Als Wald genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Die Notwendigkeit der Waldinanspruchnahme ist zu begründen. Die gesetzlichen Vorgaben implizieren eine Alternativenprüfung sowie den Auftrag, flächenschonend zu planen.</p> <p><b>Waldabstand</b>  Obschon das Thema Waldabstand in der Regel</p>	<p>Ein forstrechtlicher Ausgleich ist mit der Herausnahme der betroffenen Flächen nicht mehr erforderlich.</p> <p>Es werden keine Waldflächen mehr in Anspruch genommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>erst im nachgelagerten BBP-Verfahren abzuarbeiten ist, weisen wir vorsorglich auf den gesetzlich einzuhaltenden Waldabstand gemäß § 4 Abs. 3 Landesbauordnung von 30 m zwischen Wald und Gebäuden hin. In Einzelfällen könnten z.B. geplante neue Wohnbauflächen unter Einhaltung des Waldabstandes nicht wirtschaftlich realisiert werden. Das Thema Waldabstand ist innerhalb des dargestellten Vorhabenbereichs abzuarbeiten.</p> <p>Die höhere Forstbehörde bittet um Beachtung der genannten Hinweise sowie Überarbeitung der Planunterlagen und steht für Rückfragen zur Verfügung.</p> <p>Um Beteiligung im Rahmen im weiteren Verfahren wird gebeten. Die untere Forstbehörde Heidenheim erhält eine Mehrfertigung dieser Stellungnahme.</p>	<p>Die genannten Hinweise wurden soweit möglich beachtet. Insbesondere wurden die Flächen so verändert, dass keine Waldflächeninanspruchnahme mehr erfolgt.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBW) (Schreiben vom 10.05.2019)	<p>Die Stellungnahme vom 30.06.2015 wird weiterhin aufrecht erhalten.</p> <p><u>Stellungnahme vom 30.06.2015:</u>  <i>die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien soweit militärische Belange nicht entgegenstehen. Windenergieanlagen können grundsätzlich militärische Interessen, z.B. militärische Richtfunkstrecken oder den militärischen Flugverkehr, berühren und beeinträchtigen.</i></p> <p><i>Die geplante Maßnahme befindet sich im äußeren Zuständigkeitsbereich des Flugplatzes Neuburg/Donau. Im Bereich der geplanten Maßnahme können ebenfalls Richtfunkstrecken der Bundeswehr betroffen sein. Weiterhin verläuft eine Produktenfernleitung ca. 2,5 km ostwärts der Stadt Dischingen und 400 m ostwärts der Gemeinde Trugenhofen. Für Produktenfernleitungen ist die Fernleitungsbetriebsgesellschaft in Idar-Oberstein zuständig (planauskunft@fbg.de). Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen tatsächlich vorliegt, kann in dieser frühen Planungsphase nicht beurteilt werden. Die Bundeswehr behält sich daher vor, im Rahmen der sich anschließenden Beteiligungsverfahren (z.B. Blmsch-Verfahren) zu gegebener Zeit, wenn nötig, Einwendungen geltend machen. Da die Anlagen aufgrund ihrer Bauhöhe von über 100 m über Grund der luftrechtlichen Genehmigung nach § 14 LuftVG bedürfen, werden etwaige militärische flugbetriebliche Bedenken ausschließlich über das Beteiligungsverfahren der zivilen Luftfahrtbehörde in Baden Württemberg geltend gemacht.</i></p>	<p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Für den Windpark Ohrberg liegt eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor. Die Anlagen stehen bereits. Da das Prüfverfahren auch die Belange der Landesverteidigung und der Flugsicherheit umfasste, ist keine Änderung veranlasst. Zudem ist die Fläche zu übernehmen, da es sich um eine regionalplanerische Vorrangfläche handelt.</i></p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
7 EnBW Ostwürttemberg DonauRies Aktiengesellschaft im Auftrag der Netzgesellschaft Ostwürttemberg DonauRies GmbH (Schreiben vom 14.05.2019)	Planauskunft über Versorgungsleitungen: 20kV, Gas.	<u>Beschlussvorschlag</u> : Leitungsdaten werden in die Planzeichnung übernommen.
Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
8 Netzgesellschaft Ostwürttemberg DonauRies GmbH (Schreiben vom 18.06.2019)	von unserem Mitarbeiter wurde Ihnen unser Leitungsbestand bereits elektronisch zur Verfügung gestellt. Durch die Übernahme unserer Leitungen in Ihre Planunterlagen sind unsere Belange ausreichend berücksichtigt worden.	<u>Beschlussvorschlag</u> : Leitungsdaten werden in die Planzeichnung übernommen.
Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
9 terranets bw (Schreiben vom 13.05.2019)	Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens von den Änderungen nicht betroffen. Im räumlichen Geltungsbereich des gesamten FNP liegen Anlagen der terranets bw GmbH. Diese sind korrekt dargestellt. Sollten der räumliche Geltungsbereich geändert werden und sonstige Auswirkungen auf die Anlagen der terranets bw nicht auszuschließen sein, bitten wir um erneute Beteiligung.	Kenntnisnahme und Beachtung
Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
10 GASCADE Gastransport GmbH (Schreiben vom 17.05.2019)	Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.  Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die	Kenntnisnahme          Kenntnisnahme

	<p>Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.</p> <p>Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.</p>	Die Netzbetreiber wurden ebenfalls am Verfahren beteiligt.
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
11 Polizeipräsidium Ulm (Schreiben vom 27.05.2019)	<p>Grundsätzlich werden gegen die Änderung keine Bedenken erhoben. Eine detaillierte straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme ist jedoch nicht möglich, da der Flächennutzungsplan keine Planungen hinsichtlich der künftigen Verkehrsführungen oder Verkehrsflächenaufteilungen enthält.</p> <p>Ich gehe davon aus, dass das Polizeipräsidium Ulm im Rahmen eines ausstehenden Bebauungsplanverfahren angehört wird.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Das Polizeipräsidium Aalen wird in den nachgelagerten Verfahren grundsätzlich beteiligt.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
12 Telefonica o2 (Schreiben vom 05.06.2019)	<p>aus Sicht der Telefonica Germany GmbH &amp; Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- durch das Plangebiet führen 11 Richtfunkverbindungen hindurch (siehe Tabelle in Originalstellungnahme)</li> </ul> <p>Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigelegt zur E-Mail ein digitales Bild, welches den Verlauf unsere Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindung verdeutlichen sollen. (siehe Abbildung in Originalstellungnahme)</p>	<p>Aus dem Verlauf der Richtfunkverbindungen ergibt sich noch nicht, ob in deren Bereich eine Bebauung möglich ist. Ob hier ein Konflikt besteht, kann erst im Rahmen der Bebauungspläne geklärt werden. Ggf. notwendig werdende Höhenbeschränkungen können erst im Rahmen der Bebauungspläne festgesetzt werden. Was die Konzentrationszone für die Windenergieanlagen angeht, ist festzuhalten, dass die Anlagen dort seit mehreren Jahren betrieben werden. Insofern ist ein Konflikt hier ebenfalls nicht erkennbar.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Es wird ein entsprechender Hinweis für die nachgelagerte Bebauungsplanung in die Begründung aufgenommen. Der Verlauf der Trassen wird nicht in die Planzeichnung aufgenommen.</p>

Die farbige Linie versteht sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindung der Telefonica Germany GmbH & Co. OHG. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet.

Man kann sich diese Telekommunikationslinie als einen horizontal über der Landschaft verlaufenden Zylinder mit einem Durchmesser von rund 40-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Skizzen mit Einzeichnung des Trassenverlaufes. Alle geplanten Konstruktionen und notwendige Baukräne dürfen nicht in die Richtfunktrasse ragen. Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrasse in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsame Richtfunkstrecke nicht beeinträchtigt wird. Es muss daher ein horizontaler Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und ein vertikaler Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-20m eingehalten werden.

Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrassen einschließlich der geschilderten Schutzbereiche in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen

	<p>festzusetzen, damit die raumbedeutsamen Richtfunkstrecken nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollten sich noch Änderungen in der Planung / Planungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.</p>	Kenntnisnahme
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
13 Deutsche Telekom Technik GmbH, Niederlassung Südwest (Schreiben vom 21.06.2019)	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.</p> <p>Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die Fortschreibung des Flächennutzungsplans haben wir grundsätzlich keine Einwände. Aus Gründen der Aktualität verzichten wir zum jetzigen Zeitpunkt auf die Überlassung von Bestandsplänen. Wir werden zu gegebener Zeit zu evtl. Bebauungsplänen o.ä. detaillierte Stellungnahmen abgeben.</p>	Kenntnisnahme
Deutsche Telekom Technik GmbH, Zentralbetrieb Technik (Schreiben vom 30.07.2019)	<p>Durch die Gemeinde Dischingen verlaufen mehrere unserer Richtfunkstrecken.</p> <p>-Übermittlung der Daten zu den Richtfunkstrecken-</p> <p>Die Telekom hat auch bei der Fa. Ericsson Services GmbH weitere Verbindungen angemietet. Die Daten dieser Strecken stehen uns leider nicht zur Verfügung. Wir weisen darauf hin, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Telekom – Netzes gilt. Bitte beziehen Sie, falls</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Siehe Stellungnahme der Telefonica O2.</p> <p>Die Fa. Ericsson wurde am Verfahren beteiligt.</p>

	nicht schon geschehen, die Firma Ericsson Services GmbH, in Ihre Anfrage ein.	
--	-------------------------------------------------------------------------------	--

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
14 Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg (Schreiben vom 24.06.2019)	<p>Über unsere Stellungnahme vom 20. Juli 2015 hinaus nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Es ist gemäß der Fortschreibung 2030 des Flächennutzungsplans 2020 in Dischingen geplant, südlich des Zwinkelwegs zwischen Abt-Scheyrle-Straße und der Josef-Hoeß-Straße, ein Allgemeines Wohngebiet WA zu realisieren. Um einen Puffer zwischen diesem Allgemeinen Wohngebiet und den bestehenden Gewerbetrieben einzurichten, soll laut Planunterlagen ein (keilförmiges) Mischgebiet MI nördlich des Zwinkelwegs (farblich markiert), gegenüber der bestehenden Wohnbebauung und dem o.g. geplanten Allgemeinen Wohngebiet, eingerichtet werden.</p> <p>Aus Sicht der IHK Ostwürttemberg ist dieses geplante Mischgebiet äußerst kritisch. Es befindet sich auf dem bestehenden Werksgelände der [REDACTED] Bau &amp; Fertigteile GmbH und würde also das bereits bestehende und ausgewiesene Gewerbegebiet GE, auf dem sich dieses Unternehmen befindet, überlagern und Teile des Betriebsgeländes damit für dieses Unternehmen sehr nachteilig herabstufen.</p> <p>Betroffen wäre ein Schuppengebäude, an dem die Fa. [REDACTED] Teileigentum hat sowie die Halle, in der Fertigmauerwerk produziert wird und Freiflächen zum Abstellen von LKWs, LKW-Mulden und Firmenfahrzeugen. Darüber hinaus sind dort Fahrzeuge von Mitarbeitern und Baufahrzeuge</p>	<p>Bei dem Gebiet handelt es sich um ein bestehendes Gewerbegebiet. Die tatsächliche Situation vor Ort ist entscheidend für die Beurteilung des Gebietscharakters. <u>Beschlussvorschlag</u>: Die Fläche wird wie bisher als bestehende Gewerbefläche dargestellt.</p>



	<p>abgestellt und es werden dort Baumaterialien gelagert. Auch befinden sich auf diesen Freiflächen Boxen zur Lagerung von Schüttgütern.</p> <p>Die Tätigkeiten der Fa. ■■■ würden mit der geplanten Herabstufung von Teilen des Betriebsgeländes vom Gewerbegebiet zum Mischgebiet existenzgefährdend eingeschränkt werden. Auf diesem (Teil-) areal befindet sich, wie aufgeführt, die Mauerwerksproduktion, die derzeit im 2-Schicht Betrieb zwischen 5.00 Uhr und 24.00 Uhr erfolgt. Mit der Ausweisung des geplanten Mischgebiets auf dem Firmengelände der Fa. ■■■ würden bspw. die zulässigen Lärmgrenzwerte drastisch nach unten gesetzt werden, so dass dieses Unternehmen seine Tätigkeiten nicht mehr wie bisher ausführen könnte. Dies betrifft nicht nur die Mauerwerksproduktion, sondern auch die Andienung mit Material, die Parkierung von Mitarbeiter- Fahrzeugen sowie den Stapler- und LKW-Verkehr, der auf dieser Fläche durchgeführt wird.</p> <p>Insbesondere wäre auch das Abladen von Schüttgütern in die Schüttboxen, die sich auf diesem Freigelände befinden, nicht mehr möglich. Besonders betroffen wäre aber das (lärmintensive) Entladen von Kies in die Silos des Betonmischwerks mit der Folge, dass u. U. die Betonproduktion nicht mehr möglich wäre. Dies, obwohl für diese Anlage selbstverständlich eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung vorhanden ist. Mit der Ausweisung dieses geplanten Mischgebiets würden dem Unternehmen also existenzielle Grundlagen entzogen werden.</p> <p>Dies insbesondere auch deshalb, weil sich unmittelbar neben dieser geplanten Mischgebietsfläche eine Halle befindet, in der Betonfertigteile produziert werden. Auch für diese</p>	
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

	<p>Anlage besteht selbstverständlich eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Die Lärmemissionen z. B. der Rütteltische wären zukünftig unmittelbar neben einem Mischgebiet sehr wahrscheinlich unzulässig. Damit müsste das Unternehmen u. U. die Produktion von Betonfertigteilen einstellen.</p> <p>Somit würden durch die geplante Ausweisung des Mischgebiets auf Teilen des Firmenareals der Fa. ■■■■■ (das sich auf ausgewiesenem und vorhandenem Gewerbegebiet befindet) nicht nur zukünftige Firmenerweiterungen unmöglich sein, sondern für das Unternehmen würde nicht einmal Bestandsschutz für die bestehenden Nutzungen gewährleistet sein.</p> <p>Laut NRW-Abstandserlass sollten Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement einen Mindestabstand zu Wohngebieten von 300 m haben. Damit sollte aus Sicht der IHK Ostwürttemberg nicht nur das geplante Mischgebiet entfallen, sondern auch komplett auf das geplante Wohngebiet zwischen Abt-Schleyer-Straße und Josef-Hoeß- Straße verzichtet werden. Selbst die Ausweisung eines Mischgebiets anstelle des Allgemeinen Wohngebiets wäre nach unserer Auffassung nicht ausreichend, da sich Mischgebiete in der Realität faktisch immer mehr hin zu einem Wohngebiet entwickeln. Lediglich die Ausweisung eines eingeschränkten Gewerbegebiets eGE (anstelle eines Allgemeinen Wohngebiets) ist aus unserer Sicht an dieser Stelle denkbar. Damit würde ein wirksamer Puffer zwischen dem bestehenden Wohngebiet und generell zu den in diesem Gewerbegebiet ansässigen Gewerbebetrieben eingerichtet werden.</p>	<p>Ein Erlass aus einem anderen Bundesland hat für die Planung in Baden-Württemberg keinerlei Rechtswirkung. Die bestehende Bebauung zwischen Abt-Scheyerle- und Josef-Hoeß-Straße ist de facto ein Allgemeines Wohngebiet. Derzeit wird die Verträglichkeit einer neuen Wohnbebauung in diesem Bereich geprüft.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes an dieser Stelle werden beibehalten</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Zudem sollte die Fläche südlich des Zwinkelwegs (zwischen der Abt-Scheyrle-Straße und dem Alemannenweg), auf der sich bereits Wohnbebauung befindet, als Mischgebiet (anstelle eines Wohngebiets) ausgewiesen werden.</p> <p>Zudem muss, wie oben beschrieben, aus Sicht der IHK Ostwürttemberg dringend das bestehende Gewerbegebiet, auf dem sich das Firmenareal der Fa. ■■■ befindet, unverändert bleiben und darf nicht auf ein Mischgebiet, auch nicht in Teilflächen, herabgestuft werden.</p>	<p>Diese Fläche ist de facto ein bestehendes Wohngebiet. <u>Beschlussvorschlag</u>: Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes an dieser Stelle werden beibehalten</p> <p>Kenntnisnahme, siehe oben.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
15 Handwerkskammer Ulm (Schreiben vom 26.06.2019)	<p>In der Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2020 ist im Entwurf 2030 in Dischingen „Gewerbegebiet West“ ein Mischgebiet (MI) eingeplant, das sich auf der Fläche eines derzeit ausgewiesenen Gewerbegebiets befindet. Diese Änderung der Ausweisung erfolgt vermutlich auf Grund der Tatsache, dass südlich des Zwinkelwegs zwischen Abt-Scheyrle-Straße und der Josef-Hoeß-Straße ein Allgemeines Wohngebiet (WA) realisiert werden soll. Um einen Puffer zwischen diesem allgemeinen Wohngebiet und den bestehenden Gewerbebetrieben einzurichten, soll laut Planunterlagen ein kleineres keilförmiges Mischgebiet nördlich des Zwinkelwegs gegenüber der bestehenden Wohnbebauung und dem geplanten WA eingerichtet werden.</p> <p>Unser Mitgliedsbetrieb die Firma ■■■ Bau &amp; Fertigteile GmbH in Dischingen, Baumgartenstraße 7, betreibt ein Betonteilefertigwerk mit entsprechenden Nebenanlagen wie Rütteltischen, Betonmischanlagen, Silos für Kies und Schotter sowie entsprechendem Fahrverkehr durch Lkw und Gabelstapler auf ihrem Betriebsgelände. Die Firma</p>	<p>Bei dem Gebiet handelt es sich um ein bestehendes Gewerbegebiet. Die tatsächliche Situation vor Ort ist entscheidend für die Beurteilung des Gebietscharakters. <u>Beschlussvorschlag</u>: Die Fläche wird wie bisher als bestehende Gewerbefläche dargestellt.</p> <p>Kenntnisnahme, siehe oben.</p>

	<p>■■■■ Bau &amp; Fertigteile GmbH hat für ihre Anlagen auch entsprechende immissionsschutzrechtliche Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.</p> <p>Das im Flächennutzungsplan 2030 vorgesehene Mischgebiet befindet sich auf dem bestehenden Werksgelände der Firma ■■■■ Bau &amp; Fertigteile GmbH und würde das bereits bestehende und ausgewiesene Gewerbegebiet auf dem sich die Firma befindet, überlagern. Teile des Betriebsgeländes des Unternehmens würden somit für eine gewerbliche Nutzung herabgestuft und nicht mehr umfänglich zur Verfügung stehen. Die Tätigkeiten der Firma ■■■■ Bau &amp; Fertigteile GmbH werden mit der geplanten Herabstufung von Teilen des Betriebsgeländes vom Gewerbegebiet zum Mischgebiet existenzgefährdend eingeschränkt, was einer Teilenteignung gleich kommt. Durch die Ausweisung eines Mischgebiets würden nicht nur die Nutzungsmöglichkeiten hinsichtlich baulicher Anlagen verringert sondern auch die zulässigen Lärmgrenzwerte drastisch nach unten gesetzt, so dass das Unternehmen seine Tätigkeiten nicht mehr wie bisher ausführen könnte. Zu bedenken ist auch, dass die Firma derzeit im Zweischichtbetrieb, zwischen 5 Uhr und 24 Uhr, auf einer Teilfläche des Gebiets ihre Maurerwerksproduktion hat. Diese Betriebszeit und diese Nutzung sind in keiner Weise vereinbar mit der Festsetzung eines Mischgebiets.</p> <p>Aus unserer Sicht wäre allenfalls für diese Fläche die Ausweisung eines eingeschränkten Gewerbegebietes (GEe) noch möglich. Dies könnte als Puffer zwischen dem bestehenden Wohngebiet und generell den in diesem Gewerbegebiet ansässigen Betrieben dienen. Darüber hinaus sollte die Fläche südlich des Zwinkelwegs -</p>	<p>Kenntnisnahme, siehe oben.</p> <p>Die bestehende Bebauung zwischen Abt-Scheyerle- und Josef-Hoeß-Straße ist de facto ein Allgemeines Wohngebiet. Derzeit wird die Verträglichkeit einer neuen Wohnbebauung in diesem Bereich geprüft.  <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes an dieser Stelle werden beibehalten</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>zwischen der Abt-Scheyrle-Straße und dem Alemannenweg -, auf der sich bereits Wohnbebauung befindet, in der Zukunft als Mischgebiet anstatt eines Wohngebiets ausgewiesen werden.</p> <p>Nur durch solch eine abgestufte Bauleitplanung sind sowohl betriebliche Entwicklungen und Anpassungen auch an künftige Herausforderungen möglich als auch immissionsschutzrechtliche Belange der Bevölkerung gewahrt und gerecht abgewägt. Somit kann auch dem § 1 Abs. 5 und 6 Baugesetzbuch entsprochen werden. Darüber hinaus sollen bei der Aufstellung von Bauleitplänen insbesondere die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn und Arbeitsverhältnisse aber auch die Belange der Wirtschaft Berücksichtigung finden.</p> <p>Wir bitten Sie unsere Bedenken und Anregungen in die weitere Planung für den Flächennutzungsplan 2030 einzubeziehen.</p>	Kenntnisnahme, siehe oben.
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
<p>16 Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V. Arbeitskreis Heidenheim, Naturschutzbund Kreisverband Heidenheim (Schreiben vom 28.06.2019)</p>	<p>Wir begrüßen grundsätzlich die vorgelegte angepasste und moderate, maßvolle Planung neuer Gewerbe- und Wohnflächen, die aufgrund aktueller Bedarfsanalysen und nicht „auf Vorrat“ erarbeitet wurde.</p> <p>Die Reduktion der ursprünglich geplanten Flächeninanspruchnahme unterstützen wir sehr! Zu folgenden Punkten nehmen wir indes noch dezidiert und zusätzlich Stellung:</p> <p><b>1.) Sonderbaufläche Südufer Härtsfeldsee</b> Wir widersprechen hier den Einschätzungen im Umweltbericht, dass die geplanten Eingriffe v.a. hinsichtlich der Schutzgüter Landschaft, Landschaftsbild und für Tiere und Pflanzen allenfalls geringe-mäßige bzw. mäßig-hohe</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

	<p>Auswirkungen haben könnten.</p> <p>Der Härtsfeldsee ist im Bereich der oberflächenarmen Region östlicher Lkr. HDH / Härtsfeld ein eminent wichtiger Trittstein für den Vogelzug! Langjährige Kartierungen und Beobachtungsreihen des NABU belegen beispielsweise teils große Winter- und Zugbestände des Gänsesägers. Ebenso sind regelmäßig Flussuferläufer während der Zugzeiten feststellbar. Der Haubentaucher ist im Lkr. HDH als Brutvogel mit einem Brutpaar derzeit nur am Härtsfeldsee vorhanden. Außerdem ist seit einigen Jahren ein dauerhaft besetztes Biberrevier am See und an der angrenzenden Egau vorhanden. Des Weiteren sind die Oberfläche des Sees und die angrenzenden Hecken- und Waldstrukturen Lebensraum und Jagdrevier mehrerer Fledermausarten wie Zwerg-, Wasser-, Breitflügel- und Bartfledermaus sowie Großes Mausohr. Mit Sicherheit sind weitere Fledermausarten auf dem Durchzug nachweisbar.</p> <p>Problematisch ist schon heute, dass der Uferbereich des Sees rundum voll zugänglich ist. Der Erholungs- und Besucherdruck vor allem in den Sommermonaten setzt die ansässigen Tierarten einem erhöhten Stresspotenzial aufgrund fehlender Rückzugsmöglichkeiten aus. Die geplante weitere Erschließung des Südufers für Naherholung und Tourismus wird diese Auswirkungen noch verstärken. Daher sollten im Zuge der geplanten Eingriffe die erwähnten unzulänglichen Rückzugsmöglichkeiten durch die weitere Entwicklung und Ausdehnung von Schilfbeständen erweitert werden. Zusätzliche Sichtbarrieren, z. B. durch die Pflanzung weiterer Büsche und Gehölze sollten in Betracht gezogen</p>	<p>Das Umfeld des Härtsfeldsees ist bereits jetzt von entsprechenden Nutzungen geprägt. Insofern stellt die Darstellung als Sonderbaufläche keine gänzlich neue Situation dar. Inwieweit die genannten Arten tatsächlich beeinträchtigt werden, hängt auch von der Nutzungsintensität ab und kann erst anhand einer vertieften Planung beurteilt werden. Inwieweit Winter- oder Zugbestände gestört wären, hängt auch von der Hauptnutzungszeit der Erholungsfläche ab.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Einwand des NABU wird in den Umweltbericht aufgenommen. Die Sonderfläche wird verkleinert.</p> <p>Das Südufer ist bereits der durch Tourismus am meisten geprägte Bereich. Insofern ist die Planung dort am sinnvollsten und schont somit die übrigen Uferbereiche. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die vorgeschlagene Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten kann in der konkreten Planung zum Ausgleich des Eingriffs herangezogen werden. Es wird ein entsprechender Hinweis in den Umweltbericht aufgenommen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>werden.  Sehr begrüßenswert wäre zudem eine Abteilung eines größeren Teils des östlichen Seebereichs, beispielsweise mit Baumstämmen im Wasser als Abgrenzung, in dessen Bereich keine Schwimmer/Badende sowie Bootsfahrer frequentieren dürften. Analog wie am Itzelberger See könnte somit ein Teil des Sees dem Naturschutz vorbehalten sein, in Symbiose mit der Freizeitnutzung im vorwiegend westlichen Teil des Sees.</p> <p><b>2.) Erweiterung Katzenstein</b>  Wir schließen uns den bereits vorgebrachten Anmerkungen des Landratsamts HDH und des Naturschutzes an und geben zu bedenken, dass die geplante Erweiterung der Gastronomie mit 1,3 ha sehr großzügig geplant ist. Kritisch sind hierbei vor allem die zusätzlich geplanten Parkflächen zu beurteilen.</p> <p><b>3.) Windkraft</b>  Die konkreten Planungen und das genehmigte immissionsschutztechnische Verfahren des bestehenden und mittlerweile in Betrieb befindlichen Windparks Dischingen-Ohrberg haben wir naturschutzseitig intensiv begleitet. Nachdem sich diese genehmigten Anlagen innerhalb der Konzentrationszone befinden und weitere konkrete Windparkplanungen im Zuge der Fortschreibung FNP 2030 derzeit nicht geplant sind, haben wir hierzu keine weiteren Anmerkungen vorzubringen.</p> <p><b>4.) Vorgezogenes Ausgleichskonzept</b>  Wir schlagen neben den im Umweltbericht getätigten Aussagen zum Ausgleichskonzept Windkraft vor, dass die Gemeinde Dischingen im Umweltbericht auch für die anderen geplanten</p>	<p>Die Untere Naturschutzbehörde hat in ihrer letzten Stellungnahme zum Flächennutzungsplan keine Bedenken oder Anregungen mehr vorgebracht.</p> <p>Kennntnisnahme</p> <p>Die Gemeinde Dischingen führt ein Ökokonto, das regelmäßig fortgeschrieben wird. Die Maßnahmen sollten in diesem Rahmen geplant werden.  <u>Beschlussvorschlag:</u> die cef-Maßnahmen werden nicht in den</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>baulichen Eingriffe vorgezogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (cef) angeht, welche ggf. auch auf ein Ökokonto anrechenbar wären.</p> <p>Die hiesigen Naturschutzverbände würden sich hierfür sehr gerne mit konkreten Vorschlägen einbringen wollen!</p> <p>Etwaige Ansatzpunkte, welche weiter zu konkretisieren wären, könnten hierbei sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umfängliche Naturschutzkonzeption für den Härtsfeldsee und die Egau</li> <li>- Vernetzung der Flächen südlich vom Härtsfeldsee bis Dischingen und nördlich vom Härtsfeldsee bis Iggenhausen; -&gt; Schaffung weiterer Trittsteine zwischen Kalkwerkterrassen und Härtsfeldsee</li> <li>- Weitere naturschutzseitige Aufwertung der Flächen entlang der Egau zwischen Dischingen und Ballmertshofen (-&gt; Schaffung und Erhalt weiterer Feuchtwiesenbereiche, extensive Wiesenbewirtschaftung); -&gt; Teile dieses Gebiets sind derzeit im gesamten Lkr. HDH die ökologisch besten Feuchtfächen mit Brutvorkommen von Bekassine, Schwarzkehlchen, Rohrammer, Wachtelkönig, Teich- und Sumpfrohrsänger sowie Vorkommen vom Biber!</li> </ul> <p><u>-&gt; Hinweis:</u> Die Egau zwischen Landesgrenze und bis zum Härtsfeldsee wurde auf Antrag des NABU-Kreisverbands HDH vom hierfür zuständigen Regierungspräsidium Tübingen bereits in die aktuelle Fortschreibung des Bewirtschaftungsplans 2015 der ‚EU-Wasserrahmenrichtlinie 2015‘ neu aufgenommen! (TBG 65 ‚Donau unterhalb Iller‘)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Optimierung und Schaffung neuer Brutmöglichkeiten für den Bienenfresser im Gemeindegebiet</li> </ul>	Umweltbericht aufgenommen.
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------



	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Naturschutzfachliche Maßnahmen zur Förderung von Offenlandarten in Abstimmung mit dem Landschaftserhaltungsverband HDH e. V. und unter Berücksichtigung entsprechender Förderprogramme</li> </ul>	
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
17 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei (Schreiben vom 01.08.2019)	<p>Die Überprüfung der zur Verfügung gestellten Unterlagen und Daten hat zum Ergebnis geführt, dass die Interessen des BOS-Richtfunks durch den Flächennutzungsplan 2020, Fortschreibung 2030 betroffen sind.</p> <p>Eine BOS-Richtfunkverbindung verläuft durch und eine Richtfunkverbindung in zu geringem Abstand an den geplanten Windenergieflächen vorbei. Der Anlage ist ein Bild beigefügt, welche die Situation im Planungsgebiet verdeutlichen soll. Mit der Planungsfirma für den digitalen BOS-Richtfunk wurde prozessintern ein Mindestabstand von 250 Meter in alle Richtungen zwischen konkret geplanten Windenergieanlagen und BOS-Richtfunkverbindungen festgelegt, um Störungen mit hoher Wahrscheinlichkeit ausschließen zu können.</p> <p>Wird dieser Abstand unterschritten, wird eine gutachterliche Betrachtung durch eine sicherheitsüberprüfte Firma auf Kosten des Vorhabenträgers empfohlen.</p> <p>Wir bitten, die Informationen in diesem Schreiben sowie die Anlagen vertraulich zu behandeln. Für Rückfragen stehen wir ihnen gerne zur Verfügung</p>	Die Anlagen sind bereits gebaut und in Betrieb. Es wird davon ausgegangen, dass eine gutachterliche Betrachtung während des Genehmigungsverfahrens stattgefunden hat.

## B. Privatpersonen:

Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
B1 Privatpersonen (Schreiben vom 11.04.2019) und (Schreiben vom 11.04.2019)	Hiermit erhebe ich nochmaligen Einspruch gegen die Nutzungsänderung im Flächennutzungsplan in Katzenstein. In Bezug auf die Flächen der Firma [REDACTED], Oberer Weiler 19, 89561 Dischingen- Katzenstein, welche von Misch auf Gewerbegebiet geändert werden sollen. Die Änderung in ein Gewerbegebiet würden für mich als Anwohner und Eigentümer negative Entwicklungen mit sich bringen, die für uns nicht tragbar sind. Ich erbitte diesbezüglich eine schriftliche Stellungnahme von Ihrer Seite.	Gegenüber dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan wurde kein Mischgebiet in ein Gewerbegebiet umgewandelt. Gewerbeflächen wurden herausgenommen, Mischgebietsfläche wurde räumlich verlagert. Inwieweit dadurch eine Belastung entstehen sollte, kann nicht erkannt werden.
B2 Privatperson (Schreiben vom 26.05.2019)	mit großer Verwunderung muss ich feststellen, dass die bisherig gewerblich genutzte und auch im FNP2020 so gekennzeichnete an den Zwinkelweg angrenzende Flächen nun als Mischgebiet (MI) gekennzeichnet sind und nicht mehr als GE (braun statt grau). Der Text sagt hier was anderes „...verbleibt weiterhin als Gewerbefläche“ Was ist die Absicht hinter diesem Vorgehen? Auszug aus dem Erläuterungsbericht (siehe Originalstellungnahme)	Das Gebiet ist bestehendes Gewerbegebiet. <u>Beschlussvorschlag</u> : Die Fläche wird entsprechend ihrer tatsächlichen Nutzung als gewerbliche Baufläche dargestellt.
B3 Privatperson (Schreiben vom 14.06.2019)	gemäß § 3 BauGB nehme ich hiermit Stellung zu dem vorliegenden Flächennutzungsplanentwurf 2030 und bitte Sie insbesondere auch bei der Erstellung zukünftiger Bebauungspläne um entsprechende Berücksichtigung.  1. Westlich der Dossenbergerstraße soll das Gewerbegebiet um die Fläche D4 erweitert werden, was grundsätzlich zu begrüßen ist, da es die einzige Gewerbefläche in Dischingen ist. Jedoch sind aus meiner Sicht zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um die unterschiedlichen Belange von Gewerbe und Wohnen in Einklang zu bringen. Die Einkesselung eines GE mit WA 's schafft grundsätzliches Problempotential, welches in der Bauleitplanung zu vermeiden gilt.  a. Da nördlich ohne Schutzzone an das GE ein WA direkt anschließt muss hier insbesondere mit unzulässigen Lärmimmissionen im WA oder ggf. Einschränkung der zukünftigen Betriebe im GE gerechnet werden. Dies wird durch die ungünstige Hanglage verstärkt, insbesondere in den höheren Lagen im nördlichen Bereich des WA die nicht mehr durch den vorhandenen Lärmschutzwall geschützt werden.	Die Problematik ist bekannt und wurde bereits bei der Aufstellung des rechtskräftigen Bebauungsplans „In den Wannen III berücksichtigt. Die anstehende Änderung des Bebauungsplans wird u.a. eine Kontingentierung des Gewerbelärms

Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>b. Dies kann bereits jetzt schon diese Lagen durch das angrenzende GE „in den Wannen III“ betreffen, abhängig von dem dort zukünftig angesiedelten Gewerbe.</p> <p>c. Die Lärmimmission wird durch die westliche Erweiterung verstärkt, insbesondere wenn hier keine Lärmschutzmaßnahme nördlich/südlich der L 1181 vorgesehen wird.</p> <p>d. Dieselbe Problematik ist am südlichen Rand der GE-Fläche D4 zu erwarten</p> <p>2. Ich bitte Sie folgende Dinge abzuwägen/zu berücksichtigen</p> <p>a. Ein Mischgebiet MI südlich der L 1181 und westlich der Dossenbergerstraße bis zum Getränkemarkt [REDACTED] in Erwägung zu ziehen, da hier noch keine Bebauung vorhanden ist und eine Pufferzone für beide Belange (Gewerbe und Wohnen) geschaffen werden kann. (ähnlich der kürzlichen Überplanung für die Firma [REDACTED], nur auf der noch unbebauten GE-Seite, da hier keine Bestandschutzansprüche vorliegen können.)</p> <p>b. Zusätzlich eine Lärmschutzmaßnahme entlang der L 1181 und westlich des Erzbergweges vorzusehen, um das nördliche WA zu schützen und das unter Nr. 2a vorgeschlagene MI nicht weiter einzuschränken</p> <p>c. Keine Betriebe mit erhöhten Immissionen im Randbereich anzusiedeln.</p> <p>d. Am südlichen Ende des GE entlang des Zwinkelweg eine Lärmschutzmaßnahme vorzusehen um das südliche WA welches ebenfalls nach Süden hin stark ansteigt von dem bestehenden 4 GE und den geplanten GE Flächen D4 zu schützen.</p>	<p>beinhalten. Dies wird bei der Aufstellung/ Änderung der weiteren Bebauungspläne ebenfalls geprüft werden.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Es wird ein entsprechender Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Ein Mischgebiet ist hier nicht zielführend, weil dies eine hälftige Wohnnutzung voraussetzt. Die Konfliktminimierung kann ebenso durch die oben genannte Kontingentierung des Gewerbelärms erreicht werden.</p> <p>Das Schallgutachten, das die Werte zur Kontingentierung ermittelt, berücksichtigt auch die Vorbelastung durch bestehende Gebiete. Zudem können im Flächennutzungsplan keine konkreten Schutzmaßnahmen geplant werden.</p> <p>Konkrete aktive Schutzmaßnahmen werden jedoch im Rahmen der anstehenden Bebauungspläne in Betracht gezogen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Auch für diesen Sachverhalt wird ein entsprechender Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p>
<p>B4 [REDACTED] Bau &amp; Fertigteile GmbH (Schreiben vom 21.06.2019)</p>	<p>auch im Namen der [REDACTED] GmbH &amp; Co. KG nehmen wir hiermit gemäß § 3 BauGB fristgerecht Stellung zu dem vorliegenden Flächennutzungsplanentwurf 2030 und bitten um Beachtung unserer Belange sowie entsprechend Korrektur des vorliegenden Entwurfs sowie Benachrichtigung.</p> <p><b>1. Einwände/Bedenken/Forderungen:</b></p>	

Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p><u>a. Gebietserhaltungsanspruch GE für die explizite Gewerbliche Nutzung:</u>  Ein erheblicher Teil unseres Betriebsgeländes im Bereich Süd/West wird abweichend zur bisherigen korrekten Ausweisung als Gewerbegebiet GE nun als Mischgebiet MI dargestellt (siehe GE West Seite 34 bzw. Anlage 1). Hierbei weisen wir auf einen Formfehler im Entwurf hin, es ist zwar auf Seite 34 korrekt beschrieben, aber im Plan nicht korrekt gezeichnet. (braun-grüne Fläche am Zwinkelweg). Ergänzend weisen wir darauf hin, dass bei einer geplanten Änderung die Darstellung nicht korrekt wäre (da nicht weiß hinterlegt)!</p> <p>Wir berufen uns hierbei auf unseren Gebietserhaltungsanspruch auf Basis der bestehenden rechtskräftigen Genehmigungen auf dieser Fläche und fordern weiterhin die Ausweisung der kompletten Fläche als GE (ohne Einschränkungen) und ohne Veränderungen zwischen Zwinkelweg und Baumgartenstraße/Dossenbergerstr. des bisherigen Flächennutzungsplans.</p> <p><u>b. Genehmigte Nutzung ist als „laut“ einzustufen und so rechtskräftig nach BImSchV genehmigt:</u>  Die Ausweisung eines WA südlich/süd-östlich unserer BImSch-Anlage halten wir für grundsätzlich unzulässig und schlagen hier die Überplanung bisheriger Gebiete bis ca. 200 m südlich des Zwinkelweg und östlich bis zur Silcherstraße als Mischgebiet MI vor um einen ausreichenden Schutzstreifen zum bestehenden GE zu erhalten. Die Schallausbreitung direkt nach Süden wird durch die ungünstige Topologie des Geländes zusätzlich negativ beeinflusst.</p> <p><u>c. Heranrückende Wohnbebauung - Einhaltung der TA Lärm:</u>  Die Freifläche südlich unserer BImSch-Anlage/Betriebsgelände ist als WA gekennzeichnet, lt. Ihrer Auskunft beabsichtigt die Gemeinde hier ein neues Wohngebiet (WA) zu etablieren. Hier sehen wir keine Möglichkeit für eine neue Wohnbebauung und fordern für die Freifläche einen unbeplanten Bereich auszuweisen um unsere vorhandene Nutzung nicht einzuschränken was sonst ggf. zu Schadenersatzansprüchen führen</p>	<p>Das Gebiet ist bestehendes Gewerbegebiet.  <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Fläche wird entsprechend ihrer tatsächlichen Nutzung als gewerbliche Baufläche dargestellt.</p> <p>Die Flächen sind Bestand und zum großen Teil bebaut. Die Darstellung entspricht der des rechtsgültigen Flächennutzungsplans 2020.  <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Darstellung als bestehende Wohnbaufläche wird beibehalten.</p> <p>Die bestehende Bebauung zwischen Abt-Scheyerle- und Josef-Hoeß-Straße ist de facto ein Allgemeines Wohngebiet. Derzeit wird die Verträglichkeit einer neuen Wohnbebauung in diesem Bereich</p>

Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>könnte.</p> <p><b><u>2. Begründung:</u></b></p> <p>a. Auf unserem gesamten Betriebsgelände bestehen vielfältige Genehmigungen von eindeutig gewerblicher Nutzung (ohne Einschränkungen) die Bestandschutz haben und bis ins Jahr 1966 reichen und die jede einzeln in einem Mischgebiet nicht zulässig wäre. Dies betrifft insbesondere auch den nun als MI dargestellten Bereich.</p> <p>b. Wir sind darüber hinaus im Besitz einer gültigen und unwiderruflichen Genehmigung nach 4. BImSchV Nr. 2.14 zum Betrieb einer Betonfertigteileproduktion. Diese Genehmigung erstreckt sich auf unser gesamtes Betriebsgelände, nicht nur auf einzelne Teile davon! (Vergleiche letzte Änderungsgenehmigung aus 1992).</p> <p>i. Diese ist in der Bauleitplanung und bei der Aufstellung von daraus resultierenden Bebauungsplänen zu berücksichtigen</p> <p>ii. Anmerkend möchte ich hinzufügen, dass unsere Betonmischanlage und das Betonfertigteilewerk bereits vor der Einkesselung durch die Wohnbebauung „Eisbühl“ genehmigt war und betrieben wurde. Das heißt hier auch eine besondere Rücksichtnahme durch die nachfolgend angrenzende Bebauung vorausgesetzt werden darf.</p> <p>c. Unsere Belange sind der Gemeindeverwaltung bekannt, mit Gemeinderatsbeschluss vom 19.12.2005 wurden nachfolgend zitierten eindeutige Beschlüsse gefasst, die aber leider bis heute teils nicht umgesetzt wurden:</p> <p>i. Zum Antrag Ausweisung des Flurstück 970 als GE (Bestandschutz): Einstimmiger Beschluss vom 19.12.2005: „Sollte durch die Bautätigkeit im Rahmendes Bebauungsplanverfahrens Lärmschutzmaßnahmen aufgrund des gegenüberliegenden Wohngebietes notwendig werden, sind diese auf der Freifläche südlich des Zwinkelweg vorzunehmen.“</p>	<p>gutachterlich geprüft. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes an dieser Stelle werden beibehalten</p> <p>Kenntnisnahme (s. Beschlussvorschlag zu 1a)</p> <p>Kenntnisnahme (s. Beschlussvorschlag zu 1b)</p> <p>Der Sachverhalt wird derzeit im Rahmen eine Schallgutachtens geprüft.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Im Rahmen des Flächennutzungsplans ist eine Festsetzung konkreter aktiver Lärmschutzmaßnahmen nicht möglich.</p>

Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>ii. Zum Antrag Aufnahme der FlStk. 1004, 1004/1, 1005 und 1006 in einen etwaigen Bebauungsplan „Wannen II“ als GE (ohne Einschränkung) um die bestehende genehmigte Nutzung in einen Bebauungsplan zu fassen: Einstimmiger Beschluss vom 19.12.2005: „Entsprechend dem Wunsch der Firma [REDACTED] wird für die beantragten Grundstücke ein Gewerbegebiet ausgewiesen“</p> <p>ii. Wir bitten Sie vorhandene Ratsbeschlüsse zu diesem Thema nun zeitnah umzusetzen.</p> <p>d. Die Lärmimmissionen durch unseren Betrieb nach Süden werden momentan durch den landwirtschaftlichen Maschinenschuppen aus den 60er Jahren (auf FlStk. 970) auf der Südseite positiv abgeschirmt. Da dieser jedoch mittlerweile baufällig wird und noch mit Asbestplatten versehen (das heißt nicht repariert werden darf!!!) ist keinesfalls sichergestellt ob dieser dauerhaft dort verbleibt. In diesem Fall halten wir zusätzliche Schallschutzmaßnahmen seitens der Gemeinde wie von dem Gemeinderat am 19.12.2005 beschlossen für kurzfristig erforderlich.</p> <p>e. Der südlich unseres Betriebsgeländes bestehende Bebauungsplan „Am Eisbühl“ weist in Pkt. 9 die Nutzung WA mit folgender Auflage aus <i>„Besondere bauliche Vorkehrungen gegen Gewerbeimmissionen. Diese Vorkehrungen müssen so beschaffen sein, dass in den Aufenthaltsräumen der Gebäude eine mindestens 10 dB (A) betragende Lärmwertminderung gegenüber dem gebietsbezogenen Planungsrichtpegel nach Tab. 4 der Vornorm i. d. F. DIN 18005 vom Mai 1971 dauernd gewährleistet ist.“</i> Wir fordern die Prüfung/ggf. Durchsetzung dieser Maßnahmen auf Basis der DIN 18005 und der darin beschriebenen TA Lärm (d. h. 10 dB Lärminderungsmaßnahmen auch im Außenbereich – passive Lärmschutzmaßnahmen sind nach der TA Lärm unzulässig), insbesondere auch die Berücksichtigung der nach Süden stark ansteigenden Topographie um unser Gewerbe weiterhin in genehmigtem Umfang ohne Beeinträchtigung ausführen zu können. Hierbei sehen wir eine Lärmschutzwand in allerdings erheblicher Höhe auf Seiten des vorhandenen Baugebiets als eine geeignete Lösungsmöglichkeit.</p>	<p>Die betreffenden Flächen werden seit Jahren gewerblich genutzt und werden sowohl im bestehenden FNP als auch im Vorgängerplan als bestehende gewerbliche Baufläche dargestellt. Inwieweit die Aufstellung eines Bebauungsplanes für diese Flächen erforderlich ist, kann im Rahmen des Flächennutzungsplanes ebenfalls nicht bestimmt werden.</p> <p>Diese Problematik ist im Zuge der schalltechnischen Untersuchungen zur Bebauungsplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Im Rahmen des Flächennutzungsplans ist eine Festsetzung konkreter aktiver Lärmschutzmaßnahmen nicht möglich.</p>



Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>mittelfristig, d. h. noch während ihrer Amtszeit zu vollziehen.</p> <p>Wir beschäftigen hier am Standort Dischingen rund 55 Mitarbeiter aus dem Gemeindegebiet und umliegenden Gemeinden. Unsere Fertigteilproduktion die wir aufgrund der Baukonjunktur mittlerweile wieder im 2-Schicht-Betrieb betreiben ist existentielle Grundlage für unseren Betrieb und die Arbeitsplätze unserer Mitarbeiter sowie der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.</p> <p>Zwar würden Einschränkungen durch die Bauleitplanung keine Auswirkungen auf unsere bisherigen einschlägigen Genehmigungen haben (Bestandsschutz) jedoch wären zukünftig notwendige Änderungen und Erweiterungen der bestehenden baulichen Anlagen versagt. Dass würde eine existentielle Bedrohung für unser Unternehmen darstellen und damit auch für die gesamten Arbeitsplätze!</p> <p>Es ist uns sehr wichtig, dass Sie unsere Anliegen ernst nehmen. Ich bitte Sie dieses Schreiben auch allen Gemeinderatsmitgliedern zukommen zu lassen.</p> <p>Ausschnitt aus der Begründung des Entwurfs (siehe Originalstellungnahme)</p>	<p>Bebauungsplanung nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann, ist ggf. der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren zu ändern. Eine Änderung im Vorgriff auf die Ergebnisse der schalltechnisch begleiteten Bebauungsverfahren ist nicht sinnvoll.</p> <p>Wie oben bereits dargestellt, wird derzeit an einer Lösung gearbeitet. Alle Stellungnahmen sind im Rahmen der Abwägung im Gemeinderat zu behandeln.</p>
<p>B5 [REDACTED] GmbH &amp; Co. KG (Schreiben vom 21.06.2019)</p>	<p>als gleichberechtigter Miteigentümer des Flurstück 970 nehmen wir gemäß § 3 BauGB hiermit fristgemäß Stellung zu dem vorliegenden Flächennutzungsplanentwurf und bitten Sie um Beachtung unserer Anliegen sowie um entsprechende Korrektur des vorliegenden Entwurfs.</p> <p>1. Bedenken/Einwände:</p> <p>a. Der Entwurf weist unser Flurstück 970 nördlich des Zwinkelweg als Mischgebiet MI aus</p>	<p>Das Gebiet ist bestehendes Gewerbegebiet.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Fläche wird entsprechend ihrer tatsächlichen</p>



Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>2. Forderungen:</p> <p>a. Beibehaltung der Ausweisung als GE (ohne Einschränkungen) im Rahmen unseres Gebietserhaltungsanspruchs und der vorhandenen Nutzung, die in einem Mischgebiet explizit unzulässig wäre.</p> <p>b. Ergreifung von Lärmschutzmaßnahmen durch die Gemeinde südlich des Zwinkelweg lt. Gemeinderatsbeschluss vom 19.12.2005 zum dauerhaften Erhalt der Betriebsfähigkeit des Grundstücks.</p> <p>c. Südlich des Grundstücks grenzt bisher ein unbepannter Bereich an, sollte eine Bebauung hier entwickelt werden sind dort geeignete Lärmschutzmaßnahmen zu treffen um die bestehende GE Nutzung trotz der schwierigen Topologie wirksam abzumindern um die TA Lärm zuverlässig einzuhalten.</p> <p>3. Hinweis:</p> <p>a. Die Nutzung der Freiflächen erfolgt durch uns als Abstellflächen für PKW und schweren LKW oder Maschinen und Geräte sowie als Lagerplatz für Schüttgüterboxen und teils als Werkszufahrt. Diese Nutzung wäre in einem Mischgebiet nicht zulässig.</p> <p>b. Die Maschinenhalle ist in einem Mischgebiet in der genehmigten Nutzungsart ebenfalls nicht zulässig, die Absicht eine Nutzungsänderungsgenehmigung herbeizuführen ist uns nicht bekannt. (auch nicht aus den Reihen der Miteigentümer)</p> <p>c. Es ist nicht auf die temporär Tatsächliche, sondern die genehmigte Nutzung abzustellen.</p> <p>d. Eine Überplanung mit einem Mischgebiet würde die Nutzung des Grundstücks erheblich einschränken und deutlich im Wert mindern, wodurch allen Eigentümern auch materieller Schaden entstehen würde.</p> <p>e. Wir fordern Lärmschutzmaßnahmen wie in Nr. 2b. beschrieben, um die Nutzung dieses Flurstück nicht einzuschränken.</p>	<p>Nutzung als gewerbliche Baufläche dargestellt.</p> <p>s. 1a</p> <p>Im Flächennutzungsplan können keine konkreten Schallschutzmaßnahmen festgesetzt werden</p> <p>Der Sachverhalt wird derzeit im Rahmen eine Schallgutachtens geprüft.</p> <p>s. 1a</p> <p>s. 1a</p> <p>s.1a</p> <p>s.1a</p> <p>s.2b</p>
B6 Privatperson (Gespräch am 11.06.2019)	<p>Aktennotiz:</p> <p>Für Frau [REDACTED] ist aus den Unterlagen zur Fortschreibung des</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Fläche wird</p>

Stellungnahme von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Flächennutzungsplanes, die aktuell öffentlich ausliegen, nicht eindeutig erkennbar, dass die geplanten Mischgebietsflächen auf dem Grundstück Flst.-Nr. 103 in Katzenstein nicht mehr ausgewiesen sind.</p> <p>Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass Sie auf dem Grundstück Flst.-Nr. 103 keine baulichen Erweiterungsmöglichkeiten in Form der Mischgebietsfläche möchte und bittet darum, dass dies ihr schriftlich bestätigt wird.</p> <p>Außerdem sind die Eheleute ■■■■■ Eigentümer des Grundstücks „Oberer Weiler 12“ in Katzenstein. Westlich hiervon ist auf dem Grundstück Flst.-Nr. 42 im Flächennutzungsplan eine Bestands-Mischgebietsfläche für eine mögliche bauliche Erweiterung beinhaltet.</p> <p>Diese Fläche ist vom Bebauungsplan Katzenstein aktuell nicht umfasst. Frau ■■■■■ gibt hierzu noch eine Rückmeldung, ob sie wünschen, dass die Fläche auch im Bebauungsplan Katzenstein ausgewiesen wird.</p> <p>Planauszüge: siehe Originalstellungnahme</p>	<p>sowohl aus der Fortschreibung des Flächennutzungsplans, als auch aus dem Bebauungsplan herausgenommen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Fläche wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>

Keine Anregungen wurden von folgenden Trägern öffentlicher Belange vorgebracht	
TransnetBW GmbH	Schreiben vom 16.05.2019
Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung, Baden-Württemberg	Schreiben vom 21.05.2019
Gemeinde Nattheim	Schreiben vom 13.05.2019
Gemeinsame Dienststelle Flurneuordnung u. Landentwicklung Ostalbkreis / Landkreis Heidenheim	Schreiben vom 24.05.2019
Unitymedia BW GmbH	Schreiben vom 05.06.2019
Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein, Bachhagel	Schreiben vom 26.06.2019
Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein, Zöschingen	Schreiben vom 26.06.2019
Ericsson GmbH	Schreiben vom 18.07.2019

Keine Stellungnahme wurde von folgenden Trägern öffentlicher Belange abgegeben	
Abwasserzweckverband Härtsfeld	
Blauwald GmbH & Co. KG	
Vermögen und Bau Baden-Württemberg	
Verwaltungsgemeinschaft Ries	
Verwaltungsgemeinschaft Wittislingen	
Wasserverband Egau	
Zweckverband Landeswasserversorgung	
Zweckverband Wasserversorgung Egaugruppe	
E-Plus Service GmbH	
NetCom BW GmbH	
Vodafone GmbH	

Aufgestellt: Heidenheim, den 22.11.2019

Ingenieurbüro Junginger + Partner GmbH, Talhofstraße 12, 89518 Heidenheim

## **Beschlussanträge:**

### 1. Beschluss zur Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen:

*„Der Gemeinderat der Gemeinde Dischingen beschließt nach ausführlicher Beratung das Ergebnis der Abwägung zu den im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB) und der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) vorgebrachten oben wiedergegebenen Stellungnahmen. Die Verfasser der Stellungnahmen werden vom jeweiligen Ergebnis der Abwägung benachrichtigt.*

### 2. Beschluss zur Billigung des Entwurfs

*„Der Gemeinderat der Gemeinde Dischingen billigt den vorliegenden Entwurf des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht in der Fassung vom 02.12.2019.*

*Die in heutiger Sitzung gefassten Beschlüsse zu den Stellungnahmen im Rahmen der formellen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sind entsprechend einzuarbeiten.*

### 3. Beschluss zur erneuten Auslegung

*„Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB am Aufstellungsverfahren zum „Flächennutzungsplan 2020 Fortschreibung 2030“. Die Planunterlagen werden in der heute vom Gemeinderat gebilligten Fassung mit Begründung und Umweltbericht erneut zur Einsichtnahme ausgelegt. Es wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können.“*

gez. Jakl  
Bürgermeister